Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

15. JAHRGANG • NR. 96 **April 2016**

STANDPUNKT

2 Sozialer Zusammenhalt statt Spaltung

WAHLKREIS

3 Frühjahrsempfang in Porz mit Ralf Jäger
4 Wahlkreistermine
5 SPD-Frühjahrsempfang Innenstadt am 24.4.
5 Bundesförderung für Sprach-Kitas
5 Frühjahrsempfang mit Katarina Barley
6 Bündnis für Porz-Mitte
7 Ausstellungseröffnung im Bürgerbüro Porz
8 Die SPD im Stadtbezirk Innenstadt

KÖLN

10 „Fraktion vor Ort“ mit Eva Högl am 19.4. zu öffentlicher Sicherheit, Asyl und Integration
11 Diskussion zur deutschen Außenpolitik

BUNDESTAG

12 Asylpaket II beschlossen
13 Leichtere Ausweisung Straffälliger
14 Bundesverkehrswegeplan 2030
16 Dialog zur Reform der Medienordnung
18 Interview mit Raumfahrt Concret
20 Schutz und Handel von Kulturgut
20 Förderung von Einbruchschutz
21 Kommunalkonferenz Flüchtlingspolitik
22 Infos zur Flüchtlingspolitik

INFOS UND IMPRESSUM

28 Arbeitsschwerpunkte, Büros, Impressum, Sitzungswochen 2016

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 21.3.2016

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Sozialer Zusammenhalt statt gesellschaftliche Spaltung

Das gewalttätige Vorgehen von Assad gegen die syrische Bevölkerung hat einen Bürgerkrieg und zusätzliche Flüchtlingsbewegungen ausgelöst, die sich auch in Deutschland auswirken - durch vielfach als Notunterkünfte genutzte Turnhallen, Verunsicherung in der Bevölkerung und in der Folge ein deutliches Erstarken der AfD bei den kürzlichen drei Landtagswahlen.

Dabei waren noch im Oktober letzten Jahres die Meinungsumfragen in Deutschland sehr stabil. Union und SPD lagen praktisch unverändert auf dem Niveau der Bundestagswahl 2013. Und im Dezember zeigten sich laut ZDF-Politbarometer 76 Prozent der Bevölkerung mit ihrer persönlichen Lage zufrieden - ein Rekordwert.

Klar ist: Die enorme Zahl der nach Deutschland eingereisten Flüchtlinge und die bisher nur wenig erfolgreichen Versuche, eine solidarische europäische Lösung zu verabreden, haben bei vielen Menschen das Vertrauen in politische Gestaltungsfähigkeit erschüttert. Die meisten Wähler/innen der AfD wollten vordringlich ihren Protest bekunden. Das ist ärgerlich, zumal diese rechte Partei keine Lösungskompetenz besitzt sondern fremdenfeindliche Stimmung anheizt und damit die Spaltung der Gesellschaft befördert. Im Umkehrschluss heißt es aber auch: wenn es gelingt, durch Bekämpfung von Fluchtursachen und internationale Verabredungen den Zuzug nach Deutschland wirksam zu begrenzen und zugleich die Integration der hier lebenden Flüchtlinge positiv zu gestalten, werden auch die Wahlaussichten der AfD drastisch sinken.

Natürlich ist eine bessere Steuerung der Zuwanderung ganz unabhängig von Wahlergebnissen notwendig. Denn es gilt, die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft zu wahren und denjenigen nachhaltig helfen zu können, die es am dringendsten brauchen, weil sie vor Krieg und Verfolgung fliehen. Es ist zu hoffen, dass Europa sich besinnt und gemeinsam handelt. Die jüngste Vereinbarung mit der Türkei könnte ein erster Schritt dazu sein. Allerdings bleiben noch viele Fragen offen - und die Türkei ein problematischer Partner, angesichts einer autokratischen Politik mit antidemokratischen Zügen.

In den nächsten Monaten müssen wir die Weichen stellen, um den sozialen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken. Bereits in der Koalition vereinbarte sozialdemokratische Vorhaben dürfen nicht länger von der Union blockiert sondern müssen zügig umgesetzt werden. Dazu zählen insbesondere die gesetzliche Eindämmung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen, die Solidarrente für Kleinverdiener und das Teilhaberecht für Menschen mit Behinderung. In den anstehenden Beratungen zum Haushalt 2017 müssen zudem die erforderlichen Maßnahmen für ein umfassendes Integrationskonzept finanziell unterlegt werden.

Immerhin scheint jetzt der Einstieg in ein neues Solidarprojekt für Deutschland gelungen zu sein, das Flüchtlinge ebenso einbezieht wie die heimische Bevölkerung. Vizekanzler Sigmar Gabriel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble haben sich auf ein zusätzliches Programm von mehr als 5 Milliarden Euro pro Jahr für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt geeinigt. Im Einzelnen sieht die Vereinbarung vor:

- Zusätzlich 2,2 Milliarden Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik (Qualifizierung, Ausbildung und Arbeitsgelegenheiten) sowohl für Flüchtlinge als auch für Langzeitarbeitslose aus Deutschland.
- Aufstockung der Mittel für Wohnungsbau und Städtebau um 800 Millionen auf 1,8 Milliarden Euro. Damit verdreifachen wir den sozialen Wohnungsbau in Deutschland.
- Weitere 450 Millionen Euro 2017 und 500 Millionen Euro ab 2018 für den Kita-Ausbau, Sprachkitas und Initiativen gegen Rechtsextremismus. Für den Kita-Ausbau stellt der Bund damit mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr zur Verfügung.
- Eine Milliarde Euro zusätzlich für Sprachförderung und Integrationskurse sowie weitere Integrationsmaßnahmen.
- Für die Mindestrente (Solidarrente) werden ab 2017 rund 180 Millionen Euro bereitgestellt, die dann jährlich aufwachsen, um langjährig Beschäftigten eine Mindestrente oberhalb der Sozialhilfe zu garantieren.
- Für das neue Bundesteilhabegesetz zur besseren Unterstützung von Menschen mit Behinderung werden die notwendigen Mittel im Rahmen der Haushaltsaufstellung bereitgestellt.

Bis 2020 stehen für das Solidarprojekt damit über 25 Milliarden Euro zur Verfügung. Mit den zusätzlichen Mitteln für Chancen am Arbeitsmarkt, sozialen Wohnungsbau, den Ausbau der Kindertagesstätten, die Mindestrente (Solidarrente) und eine bessere Unterstützung von Menschen mit Behinderungen wird der Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft gestärkt. Es gibt also auch Bewegung in die richtige Richtung.

Herzlichst

Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll

NRW-Innenminister Ralf Jäger sprach über Sicherheit und Flüchtlinge

Beim traditionellen SPD-Frühjahrsempfang im Porzer Rathaus Anfang März konnte sich **Ingo Jureck** als SPD-Stadtbezirksvorsitzender über rund 200 Gäste und einen gelungenen Abend freuen. Umrahmt wurde der Saal von einer informativen Präsentation der sehr aktiven Bürgervereine im Stadtbezirk.

Durch das Programm führte die Journalistin **Mirjam Gehrke** (Deutsche Welle) als Moderatorin. Zu Beginn ging es in einer Podiumsrunde um das Thema Flüchtlinge und Integration. **Martin Dörmann**, der Landtagsabgeordnete **Jochen Ott**, die 1. Bürgermeisterin der Stadt Köln **Elfi Scho-Antwerpes** und der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Porz **Dr. Simon Bujanowski** standen hierbei Rede und Antwort. Alle vier betonten die Notwendigkeit, massiv und nachhaltig in Integration zu investieren.

Auf die aktuellen Verhandlungen der EU mit der Türkei angesprochen, erwiderte Martin Dörmann, er rechne zwar nicht mit einer kurzfristigen Einigung, hoffe aber letztlich auf eine solidarische europäische Lösung, um Flüchtlingszahlen besser steuern zu können. Dazu gehöre die konsequente Bekämpfung der Fluchtursachen und eine bessere Sicherung der EU-Außengrenze, auch mit Hilfe der Türkei.

Hauptgast des Empfanges war NRW-Innenminister **Ralf Jäger**. Er ging in gleicher Richtung wie das Podium auf die Flüchtlingslage ein. Ein weiteres Kernthema seiner souverän vorgetragenen Rede war die öffentliche Sicherheit. Er wies auf gesunkene Deliktzahlen bei Jugendkriminalität und schwerer Kriminalität und gestiegene Einstellungszahlen bei der Polizei hin - aber auch auf die Notwendigkeit größerer Polizeipräsenz. Das gelte gerade in Köln als Konsequenz aus den Vorgängen der Silvesternacht. Ein Problem seien zudem die stark gestiegenen Wohnungseinbrüche. Hier müsse man feststellen, dass es sich oft um international gesteuerte Banden handele, denen mit herkömmlichen Ermittlungsmethoden nur schwer beizukommen sei. Deshalb würden nun neue, europäisch verzahnte Konzepte verfolgt.

Der Minister warb für eine objektive Bewertung der Sicherheitslage und stellte sich nach seiner Rede gerne den Nachfragen aus dem Publikum. Den Ausklang gab es im Foyer - bei leckerer Bewirtung durch die Damenmannschaft des 1. FC Spich 1911 und zahlreichen Gesprächen.

SPD-Abgeordnete luden ein

Im gemütlichen Sünner Keller in Kalk trafen sich Ende Februar die drei SPD-Abgeordneten im Bundestagswahlkreis aus Bund und Land. **Martin Dörmann**, MdB, **Jochen Ott**, MdL und **Stephan Gatter**, MdL hatten zum geselligen Austausch mit allen SPD-Mandatsträgern und den Vorsitzenden der Ortsvereine sowie Stadtbezirke eingeladen. Sie freuten sich über gute Stimmung und viele Gespräche.

Filmabend mit Jürgen Schumann

Gelungener Filmabend bei den Alexianern: Gut 80 Gäste zeigten sich von den "Ortsansichten" des Dokumentarfilmers **Jürgen Schumann** über Ensen-Westhoven begeistert. Zusammen mit ihm und **Heike Reiferscheid**, der Vorsitzenden der Bürgervereinigung, diskutierte **Martin Dörmann** als Einlader angeregt über den Charakter des Doppelortes und aktuelle Projekte. Mitte März hatte der neue Film von Jürgen Schumann über Langel Premiere. Spontan sagte er einen weiteren Filmabend mit Martin Dörmann zu. Gezeigt werden soll dann sein Film über Porz.

Gespräch mit dem Polizeipräsidenten

Bei einem Gespräch von **Martin Dörmann** mit dem Kölner Polizeipräsidenten ging es um stärkere Präsenz und neue Strategien der Polizei sowie eine bessere Zusammenarbeit mit der Stadt. **Jürgen Mathies** übernahm das schwere Amt nach den Silvestervorfällen. Ein Mann mit klaren Vorstellungen und großer Erfahrung, der von Beginn an auf ein positives Echo stieß.

Fotoprojekt Eil

Ein schönes Projekt des Ortsrings Eil: Mit seinem Vorsitzenden **Erwin Bäuml** enthüllte **Martin Dörmann** eine erste Fototafel mit historischen Ortsansichten, wunderbar gestaltet von Schülerinnen der Max-Planck-Realschule, bildtechnisch unterstützt vom Verein EIGENART. Weitere sollen folgen, um den Menschen die Geschichte des Stadtteils näher zu bringen.

Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Innenstadt

Zum Meinungsaustausch und geselligen Zusammensein lädt die Innenstadt-SPD zu ihrem traditionellen Frühjahrsempfang mit MandatsträgerInnen ein:

Sonntag, 24. April 2016, 11:00 Uhr

BelEtage des Schokoladenmuseums
Am Schokoladenmuseum 1A, 50676 Köln (Innenstadt)

Bundesförderung für Sprach-Kitas

„Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“

Mit dem Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ unterstützt Bundesfamilienministerin **Manuela Schwesig** ein frühkindliches Sprachförderungsprogramm für Kitas. 100 Millionen Euro werden jährlich von 2016 bis 2019 für zusätzliche Fachkräfte, Sprachexpertinnen und Sprachexperten bereitgestellt, die die tägliche Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher stärken und aufwerten. **Martin Dörmann** begrüßt das: "Ich freue mich, dass allein in meinem Kölner Bundestagswahlkreis 36 Kitas eine Förderzusage vom Bundesministerium erhalten! Die Stärkung der Sprachkompetenz ist eine wichtige Aufgabe, um die Qualität in den Kitas zu steigern und den geförderten Kindern bessere Chancen auf Bildung und Teilhabe in der Schule zu ermöglichen. Zusätzliche halbe Fachkraft-Stellen und externe Beratung werden dafür zur Verfügung stehen“.

SPD-Frühjahrsempfang in Rath/Heumar

Großer Zuspruch für SPD-Generalsekretärin Katarina Barley

Über 130 Gäste durfte **Andreas Gülich** beim Frühjahrsempfang des SPD-Ortsvereins Rath/Heumar begrüßen. Der stellv. Vorsitzende talkte zu Beginn in Vertretung des erkrankten **Oliver Krems** mit MdL **Jochen Ott** sowie **Marco Pagano**, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Kalk, zu örtlichen Themen.

Martin Dörmann stellte anschließend seine Fraktionskollegin und SPD-Generalsekretärin **Katarina Barley** als Gast vor. Die Trierer Abgeordnete ist gebürtige Kölnerin und unterbrach für den Besuch extra ihren Einsatz beim Landtagswahlkampf Rheinland-Pfalz. In ihrer starken Rede, die großen Zuspruch beim Publikum erhielt, warb sie für einen solidarischen europäischen Weg zur besseren Bewältigung, Steuerung und Begrenzung der Flüchtlingszahlen. Ausführlich schilderte sie die komplexen Zusammenhänge und sprach sich leidenschaftlich gegen Rechtspopulismus, Fremdenfeindlichkeit und nationale Scheinlösungen aus.

„Bündnis für Porz-Mitte“ begleitet Bürgerbeteiligung

8-Punkte-Katalog zur Wiederbelebung der Porzer Innenstadt vorgelegt

In den nächsten Monaten soll ein neues Konzept für die Revitalisierung von Porz-Mitte entstehen, welches die Meinungen und Wünsche eines großen Teils der Bevölkerung repräsentiert. Die Stadt Köln hatte zum Auftakt am 18. Februar ins Bezirksrathaus Porz eingeladen, um ihr „Entwicklungskonzept Porz-Mitte“ vorzustellen und im Anschluss mit Fachleuten und Bürgerinnen und Bürgern aktiv zu diskutieren.

Das überparteiliche "Bündnis für Porz-Mitte“ will den von der Stadt Köln eingeleiteten Wiederbelebungsprozess für die Porzer Innenstadt begleiten. Es wird sich aktiv in die vorgesehene kontinuierliche Bürgerbeteiligung zur weiteren Programmentwicklung einbringen. Die Initiative wird inzwischen bereits von über 200 Personen unterstützt, darunter auch **Martin Dörmann**, **Jochen Ott** sowie weitere SPD-Mandatsträger.

Auf der konstituierenden Sitzung des Bündnisses am 25. Februar wurden **Reinhard Vogt**, **Stephan Demmer** und **Partick Wiesner** einstimmig als Sprecher des Bündnisses gewählt und als Geschäftsführer **Karl-Heinz Tillmann** bestimmt. Sieben Arbeitskreise werden die Arbeit des Vorstandes unterstützen.

Bereits im Vorfeld der ersten Sitzung wurde dazu ein acht Punkte umfassender Katalog erstellt.

8-Punkte-Katalog des Bündnisses

Neben der Kernfrage des Abrisses der maroden Hertie-Immobilie berührt das Gesamtprojekt die ganzheitliche Betrachtung und somit die Einbeziehung der Rahmensetzungen des Porzer Innenstadtkonzeptes. Daraus ergeben sich vielfältige unterschiedliche Interessenlagen, die insgesamt in den weiteren Prozess einfließen bzw. dort berücksichtigt werden müssen, ohne weiter Zeit zu verlieren. Vor diesem Hintergrund haben sich Porzer Bürgerinnen und Bürger in dem „Bündnis Porz-Mitte – jetzt anpacken!“ zusammengeschlossen mit dem Ziel, die vorrangigen Porzer Interessen und Ziele bei der Wiederbelebung der Porzer Innenstadt in den weiteren Abstimmungsprozess mit Stadt Köln bzw. „moderne stadt“ einzubringen und deren Berücksichtigung bei der späteren Umsetzung zu gewährleisten. Dabei handelt es sich um einen 8-Punkte-Katalog mit entsprechenden Rahmenbedingungen, die für uns als Grundforderungen für alle weiteren Umsetzungsschritte gelten:

1.) Die Wiederbelebung von Porz-Mitte ist als Baustein der städtebaulichen Entwicklung der Porzer Innenstadt, vom Rheinufer bis zum Berufsschul-Schulgelände insgesamt anzugehen (Stadtentwicklungskonzept Porz); Porz-Mitte kann nur der erste Schritt sein.

2.) Umfang und Vielschichtigkeit dieses Porzer Entwicklungskonzeptes erfordert auf städtischer Seite zusätzliche Personalkapazität, damit eine zügigere Projektentwicklung und Planung bereitgestellt werden kann. Andere Kölner Projekte zeigen, dass dies möglich ist.

3.) Die Hertie-Ruine ist schnellstmöglich als Symbol des Niedergangs zu entfernen, allerdings muss die entstehende Freifläche dann kurzfristig z.B. in Form eines InfoPavillons zur Bürgerinformation zum Projekt „Porz-Mitte“ (in dem neben Informationen zum Projekt auch ein Treffpunkt für interessierte Bürgerinnen und Bürger möglich ist) genutzt werden. Ein Loch, vielleicht über Jahre, lehnen wir ab.

4.) Der notwendige Ersatzbau für das Dechant-Scheben-Haus muss neben dem Raumbedarf der Kirchengemeinde auch die Belange der Carl-Stamitz-Musikschule und der Porzer Vereine für kulturelle und Brauchtumsveranstaltungen mit einem Raumangebot zwischen den räumlichen Veedelsangeboten und dem Saal im Bezirksrathaus, also 200-300 Personen berücksichtigen.

5.) Neben einem neuen Vollversorger sind die heute vorhandenen mittelständischen Gewerbetreibenden im neuen Einkaufszentrum einzubeziehen. Bei der Entwicklung setzen wir eher auf mittelständische Anbieter als auf einen Betreiber. Eine Entscheidung hat dann auch Auswirkung auf die Planungen im Stadtentwicklungskonzept Porz-Mitte.

6.) Es ist ein öffentlicher „Platz mit Aufenthaltsqualität“ für Porzer Veranstaltungen (Kirmes, Oktoberfest, Vereinsfeste, Brauchtumspflege, Straßenkarneval) vorzusehen.

7.) Die Wegbeziehung hin zum Rhein ist weitgehend offen zu gestalten, wozu auch die Verbreiterung der vorhandenen Brückenpassage dienen soll.

8.) Neben der Planung des Hertie-Areals durch „moderne Stadt“ muss die weitere Planung zum Stadtentwicklungskonzept Porz von der Stadt Köln als städtebauliches Entwicklungsprojekt (ähnlich Mülheim 2020) angelegt und organisiert werden, wozu entsprechende Fördermittelanträge bei Bund und Land zu prüfen und zu beantragen sind.

Porzer Bürgerinnen und Bürger, die dem Bündnis beitreten möchten, werden um Rückmeldung an folgenden eMail-Kontakt gebeten:

Porz-Mitte-jetzt-anpacken@web.de

Bürgerball zum 10-jährigen Jubiläum der Stiftung KalkGestalten

Die Stiftung KalkGestalten fördert bürgerschaftlichen Einsatz im Stadtbezirk und wurde schon mehrfach ausgezeichnet. So zum Beispiel für das interkulturelle Projekt "Sei dabei", das Immigranten zu Ehrenamtsarbeit motivieren soll. Unser Dank gilt allen, die mithelfen! Auf dem Foto oben sind zu sehen: Die Vorstandsmitglieder **Kerstin Schmedemann, Elizaveta Khan** und **Reiner Kreke** (Mitte), Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes** (mit rotem Schal), **Martin Dörmann**, der Mitstifter ist, sowie der ehemalige FC-Bundesliga-profi **Matthias Scherz** als Schirmherr des festlichen Abends.

Frühlingsempfang und Ausstellung im Bürgerbüro Porz

Porzerin Ingrid Niermann zeigt Bilder in Öl und Acryl

Erneut viele Gäste und prima Stimmung gab es beim traditionellen Frühlingsempfang mit Ausstellungseröffnung im SPD-Bürgerbüro Porz, zu dem die Porzer Abgeordneten **Martin Dörmann** und **Jochen Ott** eingeladen hatten. Bis Mitte Oktober stellt die Porzer Künstlerin **Ingeborg Niermann** ihre Bilder unter dem Motto „Herz durch vier“ im Bürgerbüro aus. Die Motive ihrer Aquarelle und Zeichnungen sind dabei so vielfältig wie die Techniken und reichen vom Dom bis zu Tieren Afrikas. Der Kontinent ist ein Traumziel Niermanns – sie muss nur noch ihren Ehemann überzeigen, der überhaupt nicht gerne fliegt.

Vorgestellt: Die SPD im Stadtbezirk Innenstadt

Gastbeitrag von Tim Cremer, Vorsitzender des SPD-Stadtbezirks Innenstadt

Der Stadtbezirk Innenstadt mit einer Gesamtfläche von 16,4 Quadratkilometern umfasst mehr als das Gebiet innerhalb der mittelalterlichen Stadtmauern Kölns. In den fünf Stadtteilen zwischen dem Colonius und der Lanxxess-Arena leben 127.811 Menschen, rund 16.000 davon im rechtsrheinischen Stadtteil Deutz.

Die vier SPD-Ortsvereine und der SPD-Stadtbezirk

Die vier SPD-Ortsvereine Südstadt, Mitte, Innenstadt Nord und Deutz mit Ihren Vorsitzenden **Karl-Heinz Walter**, **Ernst Zweil**, **Jan Harbach** und **Wolfgang Radic** sind die „Kümmerer" vor Ort. Die Vorstandsmitglieder der Vorstände sind im „Veedel" präsent und nehmen Stimmungen auf, tauschen sich mit Ihren Nachbarn und Freunden aus. Ihre Einschätzungen zu wichtigen politischen Themen sind die Seismographen der politischen Arbeit im Stadtbezirk.

Als SPD-Stadtbezirk Innenstadt verstehen wir uns als Dachverband der vier SPD-Ortsvereine. Wir vernetzen die politische Arbeit der Ortsvereine mit der Arbeit der MandatsträgerInnen und sind Teil der politischen Willensbildung z.B. durch Themenschwerpunktveranstaltungen wie z.B. zur Archäologischen Zone oder dem Silvesterabend. Regelmäßig berichten unsere Mandatsträger über ihre Arbeit. Highlights der Arbeit des Stadtbezirks Innenstadt sind der jährlich stattfindende Kulturabend und der Frühjahrsempfang.

Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

Die SPD in der Innenstadt hat mit dem Einzug unserer Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes nun zwei Mitglieder im Bundestag. **Martin Dörmann** ist für den nördlichen Teil und Deutz zuständig, **Elfi Scho-Antwerpes** für den südlich-linksrheinischen Teil. Zwei engagierte Landtagsabgeordnete, **Ingrid Hack** und **Stephan Gatter** haben Teile Ihrer Wahlkreise in der Innenstadt. Im Rat der Stadt Köln sind an der Spitze als Fraktionsvorsitzender **Martin Börschel**, **Karl-Heinz Walter** und **Dietmar Ciesla-Baier** tätig.

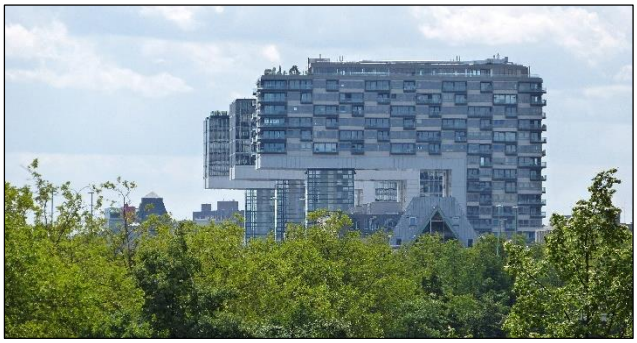
Die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung

Dr. Regina Börschel leitet die Geschicke der BV-Fraktion, **Tim Cremer** hat 2014 die Funktion des stellvertretenden Bezirksbürgermeisters übernommen. Komplettiert wird die Fraktion durch **Elke von Netzer** aus Deutz und **Ernst Zweil** aus Mitte.

Themenschwerpunkte für die Innenstadt

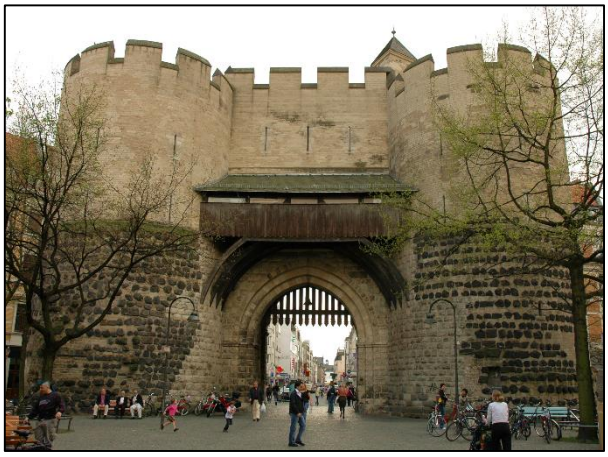
Folgende Themenschwerpunkte wird die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt in diesem Jahr verfolgen:

Wohnraum: Köln ist eine wachsende Stadt. Deshalb ist Wohnraum ein kostbares Gut – besonders bezahlbarer Wohnraum. Wir werden uns deshalb weiterhin dafür einsetzen, dass Wohnraum nicht missbraucht und zweckentfremdet wird – sei es durch Leerstand oder durch gewerbliche Nutzung. Bereits im letzten Jahr haben wir immer wieder auf mögliche Fälle von Wohnraumzweckentfremdung hingewiesen und haben die Verwaltung aufgefordert, Ermittlungen in die Wege zu leiten. Schon jetzt erhalten wir aus der Bevölkerung immer wieder Hinweise, wo Wohnhäuser schon lange leer stehen. Da werden wir dranbleiben.



Wir müssen aber auch alles daran setzen, bezahlbaren Wohnraum in der Innenstadt zu schützen. Viele Menschen treibt die Sorge um, sich ihre Wohnung oder ihr Veedel irgendwann nicht mehr leisten zu können. Deshalb setzt sich die SPD-Fraktion in der BV-Innenstadt schon seit langem für die Einführung einer *sozialen Erhaltungssatzung* für Stadtteile in der Innenstadt ein, mit deren Hilfe Luxussanierungen und damit die Verdrängung weniger zahlungskräftiger Bevölkerungsgruppen eingeschränkt werden soll.

Wir sind froh, dass die Diskussion in Gang gekommen ist und derzeit beraten wird, welche Viertel für eine solche Milieuschutzsatzung in Frage kommen. Diese Debatte werden wir sehr intensiv begleiten – für die Menschen in unseren Veedeln.



Die kleineren Plätze in der Innenstadt: Menschen halten sich gerne draußen auf – sei es am Tag oder in den Abendstunden. Viele kleinere Plätze in der Innenstadt lassen aber eine entsprechende Aufenthaltsqualität vermissen. Oft fehlt es an den einfachsten Sitzmöglichkeiten.

Städtebaulich betrachtet gibt es auch in der Innenstadt einige Ecken, die aus unserer Sicht angepackt werden müssen. Die Westseite des Doms wirkt unaufgeräumt und chaotisch, die Haltestelle Hansaring vermittelt weiterhin ein unschönes Bild, und die Bahnbögen im Eigelsteinviertel sind schon seit vielen Jahren ein Trauerspiel. An einigen Punkten sind wir der Auffassung, dass sich schon mit einigen konzertierten Maßnahmen (z.B. ein gezieltes Entrümpeln und Entfernen überflüssigen Stadtmobiliars, Aufstellen von Müllbehältern etc.) eine Verbesserung erzielen ließe. In andern Fällen wie den Bahnbögen müssen alle Beteiligten endlich an den Tisch, um Maßnahmen zu vereinbaren, damit dieses Entree in unsere Stadt sinnvoll entwickelt werden kann.

Hinweis: In den nächsten Ausgaben folgen Kalk und Porz.

*Beim alljährlichen Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Innenstadt treffen sich Mandatsträger aus Bund, Land und Kommune zum Meinungsaustausch. Seit mehreren Jahren findet der Empfang in der „Bell Etage" des Schokoladenmuseums mit Blick auf den Dom statt. Auch 2015 freuten sich der Landtagsabgeordnete **Jochen Ott**, **Martin Dörmann**, Maître Chocolatier **Levent Erdidal**, die Landtagsabgeordneten **Ingrid Hack**, **Stephan Gatter** und **Martin Börschel** sowie die Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Innnenstadt **Regina Börschel** gemeinsam mit dem Stadtbezirksvorsitzenden **Tim Cremer** über eine gelungene Veranstaltung*

"Midden im Veedel": unter diesem Motto stand die stimmungsvolle Eröffnung des MdB-Bürgerbüros von Elfi Scho-Antwerpes in der Severinstraße 149, künstlerisch umrahmt durch farbenfrohe Bilder von Felice Sgarra. Der Andrang der Gäste war riesig. Die Bürgermeisterin ist seit Oktober Mitglied des Bundestages. Wir wünschen Elfi und ihrem Team viel Erfolg und weiterhin guten Zuspruch!

„Fraktion vor Ort"-Veranstaltung der SPD-Bundestagsabgeordneten

Herausforderungen der Innenpolitik: Öffentliche Sicherheit - Asyl - Integration

Referentin:

Dr. Eva Högl, MdB

Stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Dienstag, 19. April 2016, 19:00 Uhr

Literaturhaus Köln,
Am Griechenmarkt 39, 50676 Köln-Innenstadt

Die Gewährleistung öffentlicher Sicherheit, angemessene Asylverfahren und die Integration zahlreicher Flüchtlinge sind die großen Herausforderungen unserer Zeit in der Innenpolitik.

Alltagskriminalität, Rechtsextremismus und internationaler Terrorismus verunsichern die Menschen. Wir in Köln haben in der Zeit nach der Silvesternacht allzu nah erleben müssen, dass viele sich nicht mehr sicher fühlen. Neben einer effizienten, konsequenten und rechtstaatlichen Bekämpfung von Kriminalität brauchen wir eine Politik der öffentlichen Sicherheit, die präventiv Gefahren verhindert und Freiheitsrechte wahrt. Die SPD-Bundestagsfraktion war es, die 3000 zusätzliche Stellen bei der Bundespolizei durchgesetzt hat und 9.000 weitere Stellen im Bund und in den Ländern fordert. Wir haben die öffentliche Sicherheit zu einem Schwerpunktthema in diesem Jahr gemacht. Denn wir nehmen die Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst.

Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist das Grundrecht auf Asyl unantastbar und nicht durch Obergrenzen relativierbar. Allerdings brauchen wir geordnete Verfahren und schnelle Entscheidungen darüber, wer hier Schutz bekommt und wer unser Land wieder verlassen muss. Solidarische europäische Lösungen sind unabdingbar, um die Integrationsfähigkeit Deutschlands zu wahren. Notwendig sind zudem ein Integrationsplan und zusätzliche finanzielle Mittel, damit die Integration zahlreicher Menschen bestmöglich gelingen kann.

Ende Februar kamen zahlreiche SPD-Mitglieder zum Zukunftskonvent der KölnSPD. Im Rautenstrauch-Joist-Museum wurde auf die OB-Wahl zurückgeblickt und anschließend in unterschiedlichen Foren über neue Perspektiven weiterberaten. So wurde in der von Martin Dörmann geleiteten Arbeitsgruppe mit dem Politologen Prof. Frank Decker über Politikangebote und Strategien zur Steigerung der Wahlbeteiligung diskutiert. Nur wer wählt, kann mitbestimmen!

„Fraktion vor Ort“ mit Rolf Mützenich, MdB

Eine Welt aus den Fugen – über Herausforderungen deutscher Außenpolitik

„Eine Welt aus den Fugen“ – unter diesem Titel luden die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten Ende Februar zu einer „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung ein. Das Interesse war enorm, rund 200 Gäste fanden den Weg in das Bürgerzentrum Ehrenfeld.

In seiner Begrüßung wies **Martin Dörmann** auf eine aktuelle Veröffentlichung der Bertelsmann Stiftung hin, die einen Index zu 129 Entwicklungs- und Transformationsländern erstellt hat. Danach sei die Welt in einer gefährlichen Schieflage. In den letzten Jahren habe sich die Zahl der Diktaturen erhöht, Autokraten herrschten brutaler, religiöse Fanatiker seien auf dem Vormarsch und in vielen Ländern helfe wirtschaftlicher Aufschwung wegen mangelnder sozialer Teilhabe nicht gegen Armut.

In seinem anschließenden Vortrag ging **Rolf Mützenich**, stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender, ausführlich auf die Lage in Syrien ein. Er beschrieb, wie sich aus dem Aufstand gegen Assad ein hochkomplexer Konflikt entwickelt habe. 12 Millionen Syrer seien auf der Flucht, mehr als 50 Prozent der Bevölkerung. Heute sähen wir Stellvertreterkriege im Land mit rund 1.500 unterschiedliche Kampfgruppen. Eine militärische Lösung werde es nicht geben. Er beschrieb die positive deutsche Rolle im Hinblick auf diplomatische Lösungen und humanitäre Hilfe.

Es folgte eine spannende Diskussion, bei der sich vorrangig Friedensaktivisten und Mitglieder des SPD-Ortsvereins Ehrenfeld kritisch zum Einsatz der Bundeswehr gegen den IS äußerten.

Rolf Mützenich betonte, keinem in der SPD-Fraktion sei die Zustimmung zum damaligen Bundestagsbeschluss leicht gefallen. Bei seinen zahlreichen Gesprächen und Besuchen in der Region treffe er aber immer wieder Flüchtlinge aus Syrien, die seit Jahren auf der Flucht vor dem IS und dem Assad-Regime seien und ihn fragten, warum der Westen nicht eher und noch stärker militärisch vorgegangen sei. Auch diese Meinungen und Forderungen gäbe es in der Debatte. Zudem läge der Schwerpunkt der deutschen Außenpolitik eindeutig auf Diplomatie, die mit zu einer ersten Waffenruhe in Syrien just zum Zeitpunkt der Veranstaltung beigetragen hätte.

Am Ende bedankte sich Martin Dörmann als Moderator für eine offene, argumentative Debatte, die Respekt für unterschiedliche Einschätzungen einschloss. Jeder im Saal wünsche sich sicherlich eine friedliche Lösung in Syrien. Man dürfe gerade deshalb nicht einseitig denen das Feld überlassen, die auf militärische Stärke und Eskalation setzten. Der Bundeswehreinsatz sei überwiegend symbolisch und der Solidarität mit den Franzosen geschuldet, letztlich aber eben auch völkerrechtlich vertretbar. Er verwies auf eine persönliche Erklärung zur Abstimmung von ihm nach § 31 der Geschäftsordnung des Bundestages (*siehe Homepage 4.12.2015*). Darin seien die Argumente näher erläutert und es werde betont: diplomatische Bemühungen müssen immer im Vordergrund stehen.

Asylpaket II verabschiedet

Beschleunigung der Asylverfahren, leichtere Rückführungen

Mehr als eine Millionen Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland. In einem einzigen Jahr waren das so viele wie in den letzten 15 Jahren zusammen. Der Bundestag hat Ende Februar nun einen wichtigen Schritt getan zu mehr Ordnung bei der Aufnahme von Flüchtlingen, zu schnelleren Asylverfahren und einer rascheren Rückführung von Menschen, die kein Bleiberecht haben.

Am 25. Februar hat das Parlament in 2./3. Lesung den „Entwurf eines Gesetzes zur Einführung beschleunigter Asylverfahren“ beschlossen (**Bundestag-Drucksache 18/7538**). Umgangssprachlich wird das Gesetz als Asylpaket II bezeichnet.

Die Gesetzesvorlage bündelt verschiedene Maßnahmen: Asylsuchende mit geringen Chancen auf Anerkennung sollen künftig in besonderen Aufnahme-Einrichtungen untergebracht werden, in denen die Asylverfahren in kurzer Zeit abgeschlossen sein sollen. Über den Asylantrag entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) innerhalb von einer Woche, Rechtsbehelfsverfahren sollen in zwei Wochen abgeschlossen werden. Diese Regelung betrifft unter anderem Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten, Folgeantragsteller, solche, die keine Bereitschaft zeigen, ihre wahre Herkunft aufzudecken oder die aus schwerwiegenden Gründen ausgewiesen worden sind.

Für diesen Personenkreis gilt auch eine Wohnverpflichtung in besonderen Aufnahme-Einrichtungen; daran knüpft die so genannte Residenzpflicht an, d. h. sie dürfen den Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde nicht verlassen. Ihre Rückführung soll im Fall der Ablehnung unmittelbar aus der Aufnahme-Einrichtung erfolgen. Wer sich diesem Verfahren verweigert, dem drohen künftig Sanktionen wie etwa die Einstellung des Asylverfahrens.

Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte ausgesetzt

Außerdem sieht das geplante Gesetz vor, den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte ab Inkrafttreten des Gesetzes befristet für zwei Jahre auszusetzen. Aber: Insbesondere für minderjährige Flüchtlinge mit subsidiärem Schutzstatus kann eine Härtefallprüfung vorgenommen werden. Das Aussetzen des Familiennachzugs gilt zudem nur für die relativ kleine Gruppe der subsidiär Schutzberechtigten, nicht aber für diejenigen, die als Asylbewerber oder als Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden. Für sie bleibt der Familien- und Elternnachzug ohne zweijährigen Aufschub erhalten.

SPD-Fraktionschef **Thomas Oppermann** betont: „Die Sozialdemokraten haben dieser Regelung zugestimmt, weil ansonsten das gesamte Asylpaket in Frage gestanden hätte. Die Menschen erwarten aber in der jetzigen Situation von uns zu Recht, dass die Koalition handelt, auch wenn das im Einzelfall das Eingehen von Kompromissen bedeutet.“

Aydan Özoguz (SPD), Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, machte gegenüber der Opposition im Plenum deutlich, dass Deutschland die höchste Zahl an Flüchtlingen aufnehme. Nun müsse es aber darum gehen, dass die Asylverfahren viel schneller werden. Und sie stellte klar, dass es ohne die SPD in der Regierung heute gar keinen Familiennachzug gäbe, dafür aber haftähnliche Transitzonen.

Özoguz warb für ein umfassendes Integrationspaket, das nun umgehend geschnürt werden müsse. Darauf verwies auch der SPD-Abgeordnete **Sebastian Hartmann**. "Wir müssen die Situation auch als Chance sehen. Eine erfolgreiche Integration ist ein kultureller, sozialer und ökonomischer Gewinn für unser Land", sagte Hartmann. Er forderte einen Integrationspakt.

SPD-Fraktionsvizechefin **Eva Högl** begründete das Gesetz unter anderem damit, dass es schlicht nicht in Ordnung sei, wenn Menschen monatelang auf eine Entscheidung warten müssten. Högl: „Schnelle Entscheidungen sind nicht unmenschlich, sondern Voraussetzung für eine Willkommenskultur."

Nun sollten die Veränderungen auch erstmal wirken, so Högl. „Wir müssen uns jetzt auf die Integration derjenigen konzentrieren, die hier bleiben dürfen."

Die SPD-Fraktion hat in den Verhandlungen über das Paket erfolgreich sichergestellt, dass Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, weiterhin ein menschliches und faires Verfahren erhalten. Haftähnliche Transitzonen, wie ursprünglich von der Union gefordert, sind vom Tisch.

Weitere Regelungen in dem Gesetz im Überblick:

- Der Schutz für minderjährige Flüchtlinge in den Unterkünften wird verbessert. Beschäftigte und Ehrenamtliche, die in Kontakt mit Minderjährigen stehen, müssen ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen. Sie dürfen nicht zuvor aufgefallen sein, etwa durch Gewalt- oder Sexualdelikte.
- Der Bund wird seine Unterstützung bei der Passersatzbeschaffung intensivieren. Es wird eine neue Organisationseinheit beim Bundespolizeipräsidium eingerichtet, um Heimreisedokumente zu beschaffen. Sie hält stetigen Kontakt mit den Botschaften der Herkunftsstaaten.
- Die Rückführung wird erleichtert, wenn medizinische Hinderungsgründe geltend gemacht werden: Dazu zählt eine Präzisierung der methodischen Anforderungen an Atteste, eine widerlegbare Vermutung für das Fehlen gesundheitlicher Abschiebungshindernisse, eine Pflicht zur unverzüglichen Vorlage (statt Attest „auf Vorrat") und bei Zweifeln der Behörde Anordnung einer ärztlichen oder amtsärztlichen Untersuchung.
- Mit Blick auf eine faire Lastenverteilung und geordnete Verfahren ist es notwendig, dass ein Anspruch auf volle Leistung aus dem Asylbewerberleistungsgesetz erst dann besteht, wenn der Ankunftsnachweis in der zugewiesenen Aufnahmereinrichtung ausgestellt ist.

Die Koalition wird nun auf Betreiben der SPD ein Integrationspaket schnüren, das sich vor allem mit Maßnahmen zur nachhaltigen Integration der Flüchtlinge befasst. Ein Integrationskonzept der SPD, genannt **Malu-Dreyer-Plan**, liegt vor und fließt in die Beratungen zwischen Bund und Ländern ein.

SPD-Fraktionschef Oppermann macht deutlich: „Wir müssen nun rasch die notwendigen Voraussetzungen schaffen, damit sich Menschen, die neu in unser Land kommen und hierbleiben werden, schnell integrieren."

Leichtere Ausweisung straffälliger Asylbewerber

Gesetzesänderung ist Reaktion auf Silvestervorfälle in Köln

Ein zweiter Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen ist am 25. Februar in 2./3. Lesung beschlossen worden (**Drs. 18/7537**). Sein Zweck ist, die Ausweisung straffälliger Ausländer zu erleichtern.

Nach den zahlreichen Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht in Köln hatte sich die Koalition Anfang Januar 2016 darauf verständigt, kriminelle Ausländer deutlich schneller auszuweisen; am 12. Januar hatten Bundesinnenminister **Thomas de Maizière** (CDU) und Bundesjustizminister **Heiko Maas** (SPD) einen gemeinsamen Vorschlag vorgestellt.

Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum oder der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte begründen zukünftig ein so genanntes schwerwiegendes Ausweisungsinteresse, sofern ein ausländischer Staatsbürger hierfür zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe verurteilt wurde. Die Höhe der Strafe spielt dabei keine Rolle.

Und es gilt auch, wenn diese Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde. Bislang musste die verhängte Freiheitsstrafe mindestens ein Jahr betragen, um ein schwerwiegendes Ausweiseinteresse zu begründen. Allerdings erfolgt stets eine Einzelfallabwägung aller Interessen.

Auch Eigentumsdelikte wie Diebstahl können zur Ausweisung führen, wenn sie unter Gewalt, List, Drohung oder von Serientätern verübt werden.

Gesamtabwägungen über Rechtstreue

Ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse liegt in den oben genannten besonderen Delikten und Begehungsweisen ab einem Jahr, bei allen anderen Delikten ab einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren vor.

Zudem sieht der Gesetzentwurf vor, dass Asylbewerbern, die Straftaten begehen, trotz Vorliegen von Fluchtgründen leichter als bislang die rechtliche Anerkennung als Flüchtling versagt werden kann.

Bei der Gesamtabwägung für die Ausweisungsentscheidung soll künftig neben der Dauer des Aufenthalts, den persönlichen, und wirtschaftlichen Bindungen im Bundesgebiet und im Herkunftsstaat oder einem anderen zur Aufnahme bereiten Staat und den Folgen der Ausweisung für Familienangehörige sowie Lebenspartner auch die Tatsache berücksichtigt werden, ob der Ausländer sich rechtstreu verhalten hat.

Bundesverkehrswegeplan 2030: Freie Fahrt für Verkehrsinvestitionen

Über 264 Milliarden Euro für leistungsfähige Verkehrsnetze – NRW profitiert

Am 16. März wurde in Berlin von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt der Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans 2030 (BVWP 2030) vorgestellt. Damit entwickelt der Bund die Grundlage für den Verkehrsinfrastrukturausbau in den Bereichen Straße, Schiene und Wasserstraße mit einem Horizont von 15 Jahren. Mit diesen Eckpfeilern setzt die Koalition das vereinbarte nationale Prioritätenkonzept um: Erhalt vor Neubau und eine klare Priorisierung von überregional bedeutsamen und großräumig wirksamen Infrastrukturprojekten mit ausgewiesener Netzwirkung. Das Land NRW profitiert davon in besonderer Weise. Und: Gerade in Köln werden viele Projekte priorisiert.

Das Gesamtvolumen des Bundesverkehrswegeplans 2030 beträgt rund 264,5 Milliarden €. Dieses deckt mit 226,7 Mrd. € den Substanzerhalt sowie die Aus- und Neubauprojekte der Kategorien „Vordringlicher Bedarf“ (VB) bzw. „Vordringlicher Bedarf-Engpassbeseitigung“ (VB-E) für den Zeitraum von 2016 bis 2030 ab. Projekte, die so eingestuft sind, haben eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit, bis 2030 realisiert zu werden. Hinzu kommen 37,8 Mrd. € zur Abfinanzierung von Vorhaben, die erst in einer späten Phase des BVWP-Geltungszeitraums begonnen und nach 2030 zu Ende finanziert werden.

Vom Gesamtvolumen des BVWP 2030 (inkl. Erhaltung) entfallen auf den Verkehrsträger Straße 49,4 %, auf die Schiene 41,3 % und auf die Wasserstraße 9,3 % der Mittel. Für Aus- und Neubauprojekte (2016 bis 2030) ist der Anteil der Straße mit 55,4 % höher (ca. 2,3 Mrd. € pro Jahr). Die Schiene erhält hier einen Anteil von 40,3 % (ca. 1,7 Mrd. € pro Jahr), die Wasserstraße von 4,3 % (ca. 0,2 Mrd. € pro Jahr).

In den Erhalt soll allein bis 2030 die Rekordsumme von 141,6 Milliarden Euro investiert werden. Ferner braucht es einen raschen und gezielten Ausbau der überlasteten Knoten und Engpässe. Maßnahmen mit unanfechtbarem Baurecht und mit einer großräumigen Bedeutung sollen absoluten Vorrang bekommen, damit schnell Entlastung im ganzen Netz geschaffen werden kann. Das Ergebnis soll ein zuverlässiges Netz mit ausreichend und leistungsstarken Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern sein, um die Potenziale des kombinierten Verkehrs stärker zu nutzen und den Verkehr auch ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Der vorgelegte Entwurf des BVWP 2030 beinhaltet Investitionen in die Bundesfernstraßen von insgesamt 130,7 Milliarden Euro. 75 Prozent der Mittel für den Neu- und Ausbau sollen bei der Straße in großräumig bedeutsame Projekte fließen und 25 Prozent in die vor Ort wichtigen Bundesstraßen mit rein regionaler Bedeutung und Ortsumgehungen.

Es bleibt erklärtes Ziel, mehr Güter von der Straße auf die nachhaltigen Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße zu bringen. Mit Investitionen von 109,3 Milliarden Euro soll der umweltfreundliche Personen- und Güterverkehr auf der Schiene gestärkt werden.

Erstmals startete am 21. März eine sechswöchige Öffentlichkeitsbeteiligung. Nach deren Auswertung und der Ressortabstimmung wird der Bundesverkehrswegeplan nicht vor Sommer 2016 vom Bundeskabinett beschlossen. Er ist die Grundlage für die bis Jahresende folgenden Ausbaugesetze (Bundesfernstraßengesetz, Bundesschienenwegeausbaugesetz, Bundeswasserstraßenausbaugesetz). Den Gesetzen werden jeweils für die einzelnen Verkehrsträger Bedarfspläne angefügt. Diese geben dann den Planungsauftrag für die einzelnen Maßnahmen und sind gleichzeitig Grundlage für die mittelfristige Finanzplanung und die jährlichen Mittelzuweisungen aus dem Bundeshaushalt.

Der komplette erste Entwurf des Bundesverkehrswegeplan 2030 ist hier zu finden:

www.init.pro.contentstream.de/18004initag/ondemand/3706initag/bmvi/bvwp2030/bvwp-2030-referentenentwurf.pdf

Gespräch zur Vorstellung des Entwurfs vor dem Verkehrsausschuss: Alexander Dobrindt mit dem Niedersächsischen Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) sowie den SPD-Abgeordneten Martin Dörmann, Kirsten Lühmann und Martin Burkert

NRW profitiert besonders

Der vorgelegte Entwurf des Bundesverkehrswegeplans eröffnet gerade dem Land Nordrhein-Westfalen gute Perspektiven für mehr Mobilität für Menschen und Waren. „Das ist das größte Anti-Stau-Programm, das NRW je erlebt hat. NRW bekommt 37,4 % aller Sofortmaßnahmen zur Staubeseitigung, die bundesweit finanziert werden“, sagte NRW-Verkehrsminister **Michael Groschek**.

Für NRW gibt es mit dem jetzt vorgestellten Arbeitsentwurf eine ganze Reihe von guten Nachrichten, wie zum Beispiel die Realisierung des Rhein-Ruhr-Express oder den Ausbau vieler Autobahnkreuze. Im Berliner Verkehrsministerium wurde Nordrhein-Westfalens überregionale Bedeutung als Transitland endlich anerkannt. Rund 40 % der Projekte in der wichtigsten Kategorie VB-E („Vordringlicher Bedarf mit Engpassbeseitigung“) finden sich in NRW.

Vor allem im Straßenbaubereich hat der Bund praktisch alle Staustellen und Engpässe, die NRW gemeldet hatte, aufgenommen. Auch Maßnahmen außerhalb der Ballungsräume sind hinlänglich berücksichtigt. Jetzt muss NRW in den kommenden Jahren entsprechend den vorgelegten Plänen bei der Mittelzuweisung berücksichtigt werden.

Im Bereich Schiene werden mehr als 1,7 Milliarden Euro für den Rhein-Ruhr-Express (RRX) eingeplant. Die Maßnahme steht im „Vordringlichen Bedarf Engpassbeseitigung“. Damit zählt der RRX zu einem von bundesweit sechs Projekten, die bis 2030 prioritär verwirklicht werden sollen. Außerdem ist die Maßnahme „Korridor Mittelrhein“ im „Vordringlichen Bedarf“ platziert worden, welcher die Rhein-Sieg-Strecke und die Ruhr-Sieg-Strecke beinhaltet. Damit werden unter anderem erstmals das Sauer- und das Siegerland für Containerverkehre auf der Schiene erschlossen. Aus NRW-Sicht ist ebenfalls positiv, dass drei Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 1,037 Mrd. Euro in den vordringlichen Bedarf eingestuft wurden.

Viele Kölner Projekte wurden priorisiert

Im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans sind für Köln wichtige Verkehrsprojekte in der obersten Kategorie eingestuft. So werden die Fahrstreifen mehrerer Autobahnen in und um Köln herum erweitert und Autobahnkreuze ausgebaut. Die Ortsumgehungen in Meschenich und Hürth-Hermülheim werden ebenfalls als vordringlicher Bedarf mit Engpassbeseitigung eingestuft. Gleiches gilt im Bereich Schiene für den Bahnknoten Köln.

Martin Dörmann, selbst Mitglied im Bundestagsausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur freute sich über die Priorisierung der Kölner Projekte: „Das ist ein großer Schritt für eine zukunftsfähige Infrastruktur in unserer Region." Wermutstropfen sei allerdings, dass die neue Rheinbrücke im Süden Kölns nur als "Weiterer Bedarf mit Planungsrecht" eingestuft ist. "Hier werden wir uns dafür einsetzen, dass nachgebessert wird. Zudem müssen wir noch bei der Finanzierung der Maßnahmen für den Bahnknoten Köln nacharbeiten. NRW-Minister Mike Groschek hat in beiden Fällen seine persönliche Unterstützung zugesagt."

Im Bundesverkehrswegeplan 2030 priorisierte Straßenprojekte in Köln und der Region:

A3 Kreuz Leverkusen – Kreuz Hilden: Engpassbeseitigung

A3 Anschluss Königsforst – Heumarer Dreieck: Erweiterung auf 8 Fahrstreifen

A4/A555 Ausbau Autobahnkreuz Köln-Süd

A4 Kreuz Köln Süd – Kreuz Gremberg: Erweiterung auf 8 Fahrstreifen

A4 Kreuz Köln-Ost – Anschluss Moitzfeld: Erweiterung auf 6 Fahrstreifen

A57 Kreuz Köln-Nord – Dreieck Neuss-Süd: Erweiterung auf 6 Fahrstreifen

A59 Dreieck Sankt Augustin-West – Dreieck-Porz

A61/A4 Dreieck Erfttal – Kreuz Köln West: Engpassbeseitigung

A 559 Dreieck Porz – Kreuz-Gremberg: Erweiterung auf 6 Fahrstreifen

B51 Ortsumgehung Köln/Meschenich

B265 Ortsumgehung Liblar/ Hürth-Hermülheim

„Florett statt Keule“: Dialog der SPD-Fraktion zur Plattformregulierung

Am 18. Februar luden die SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann** und **Lars Klingbeil** Gäste aus Politik, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft zu einem weiteren Dialogforum zur Reform der Medien- und Kommunikationsordnung ein. Über 50 Expertinnen und Experten kamen ins Paul-Löbe-Haus, um über neue Ansätze bei der Plattformregulierung zu diskutieren.

Das Thema bezieht sich auf Rundfunkangebote und wird derzeit in einer der fünf Arbeitsgruppen der Bund-Länder-Kommission für eine konvergente Medienordnung behandelt. Hintergrund hierfür ist, dass Rundfunk heute nicht nur klassisch linear sondern zunehmen auch über das Internet und neuartige Benutzeroberflächen verbreitet wird.

Lars Klingbeil, Stefan Schnorr, Sandra Winterberg, Thomas Fuchs und Martin Dörmann (v.l.)

Aus Sicht der für die Regulierung zuständigen Medienanstalten ist die rundfunkrechtliche Plattformregulierung im Sinne einer positiven Vielfaltsicherung zu verstehen: „Plattformregulierung soll sicherstellen, dass die Breite der Angebote und Anbieter auch tatsächlich beim Zuschauer ankommen kann“, heißt es in einer Stellungnahme für die Kommission. Dabei sei zu unterscheiden zwischen Netzen und Benutzeroberflächen. Bei Netzen und vergleichbaren Diensten (Beispiel Zattoo) gehe es primär um den Zugang und Zugangskonditionen. Bei Benutzeroberflächen stünden Aspekte der Sortierung und der Auffindbarkeit im Vordergrund.

Als Vertreter der Bund-Länder-Kommission waren **Stefan Schnorr** aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie **Sandra Winterberg** aus der Senatskanzlei Berlin zu Gast. Das hochkarätige Podium komplettierten **Dr. Susanne Pfab**, Generalsekretärin der ARD, **Thomas Fuchs** von der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein, **Dr. Andrea Huber** von ANGA, **Claus Grewenig** vom VPRT, **Heiko Zysk** von der Videoplattform maxdome sowie **Jan Kottmann** von Google.

Sandra Winterberg, Rundfunkreferentin der Senatskanzlei Berlin, stellte zunächst die Position der Bundesländer vor. Die Länder verfolgen gemäß ihres verfassungsrechtlichen Auftrags das Ziel, Meinungsmacht durch positive Vielfaltssicherung und Sicherung der kommunikativen Chancengleichheit auch in einem konvergenten Medienumfeld zu gewährleisten. Wesentliches Ziel sei ein diskriminierungsfreier Zugang der Nutzerinnen und Nutzer verbunden mit der Sicherung von medialer Vielfalt und Meinungsfreiheit. So müssten der Plattformbegriff und sein Anwendungsbereich zeitgemäß und technologieneutral, aber ausgehend vom bisherigen Rundfunkrecht angepasst und die Kriterien für die Verbreitung und Auffindbarkeit klarer formuliert werden. Winterberg betonte, dass neue Player der Medienbranche auch neue Gefährdungen mit sich brächten. Auffindbarkeit dürfe aber nicht von ökonomischer Stärke abhängen, sondern müsse sich an sachlichen Kriterien orientieren. Sie setzte sich für einen präventiven Rechtsrahmen ein, der durch die Landesmedienanstalten überwacht werden solle.

Stefan Schnorr, Abteilungsleiter für Digital- und Innovationspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), unterstrich die Notwendigkeit zur Aktualisierung der Plattformregulierung im Sinne einer Abkehr von einer Knappheits- und linear orientierten Regulierung. Er hob aus Sicht des Bundes hervor, dass eine klare Abgrenzung zwischen Plattformen und Intermediären extrem wichtig sei. Er plädierte für einen engen Plattformbegriff, der stark auf Medienplattformen für audiovisuelle Inhalte mit besonderer Meinungsbildungsrelevanz abzielt, während App Stores etc. eher als allgemeine kommerzielle Anbieter verstanden und im Zweifel unter die Intermediäre subsummiert werden sollten. Nach Schnorr sollten auch die Grundsätze des Zugangs und der Auffindbarkeit (*must-be-found*-Regelungen) deutlicher geregelt werden. Möglich wäre etwa eine abgestufte Regulierung z. B. durch Privilegierung von öffentlich-rechtlichem Rundfunk und qualifizierten Angeboten privater Anbieter – im Gegensatz zu anderen Angeboten.

Gleichwohl betonte Schnorr Zweifel daran, ob die Medienvielfalt tatsächlich in besonderem Maße von den gegenwärtigen Entwicklungen bedroht sei und ob nicht selbstregulatorische Elemente bzw. eine nachträgliche Marktkontrolle ausreichend seien, zumal auch das Wettbewerbsrecht bei schweren Verwerfungen gute Instrumente bereithalte. Abseits aller Regulierung käme vor allem der Nutzerautonomie eine besondere Rolle zu. Der Nutzer müsse selbst entscheiden können, in welcher Reihung Angebote sichtbar sind. Gleichzeitig würden aber auch

Voreinstellungen selten geändert, so dass sinnvolle, aber änderbare Vorgaben anzustreben seien.

Der Direktor der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH), **Thomas Fuchs**, betonte, dass es angesichts bereits bestehender Aufsichtsmöglichkeiten eher „um das Florett als um die Regulierungskeule“ gehe, um Chancengleichheit und Vielfalt in der Medienlandschaft zu gewährleisten. Leichte Anpassungen auf Basis der Rundfunkregulierung genügten. Wichtig sei es, die Auffindbarkeit auf allen Endgeräteoberflächen nach transparenten, diskriminierungsfreien und nutzerfreundlichen Kriterien zu gestalten.

Dr. Susanne Pfab verwies als Generalsekretärin der ARD auf schlechte Erfahrungen mit primär gewinnorientierten Plattformbetreibern. Daher müssten gesellschaftlich relevante Inhalte wie die der öffentlich-rechtlichen Sender zumindest vorinstalliert sein. Nicht jeder Zuschauer und jede Zuschauerin könne und wolle in die Details der Sortierung von Sendeplätzen vordringen.

In der März-Ausgabe der Zeitschrift *pro media* sind Auszüge der Statements nachzulesen.

Dr. Andrea Huber, Geschäftsführerin des Verbandes Deutscher Kabelnetzbetreiber (ANGA) und **Claus Grewenig**, Geschäftsführer des Verbandes Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT) sowie **Heiko Zysk**, Vertreter für die Videoplattform maxdome, konnten demgegenüber keine Orientierungslosigkeit der Nutzer feststellen und plädierten für mehr Vielfalt bei tendenziell weniger Regulierung. Diese könne die Dynamik des Marktes und die Kreativität der Anbieter behindern. Ein flexibler Ordnungsrahmen sei am besten geeignet, um praktikable Lösungen hervorzubringen. Regulierung müsse vor allem auch wenig marktmächtigen Unternehmen zugutekommen.

Vertreter von Google Deutschland erläuterten abschließend einige Hintergründe zu Android TV und zum Google Playstore. **Jan Kottmann** betonte, dass die Regulierung nicht vor dem Bedarf stehen dürfe. Gleichzeitig warnte er davor, eindimensionale Vorgaben für Listungen zu machen, die möglicherweise nicht (mehr) den Bedürfnissen der Nutzer entsprächen.

In der anschließenden Diskussion meldeten sich Expertinnen und Experten der Medienbranche, Vertreter der Industrie oder Wissenschaft wie z. B. **Professor Wolfgang Schulz** vom Hans-Bredow-Institut, Vertreter der Medien sowie Plattformanbieter wie Zattoo oder UnityMedia zu Wort. Themen wie Signalintegrität, mangelnde empirische Grundlagen, Mündigkeit des Verbrauchers und Kabelweitersendung wurden intensiv diskutiert.

In der Schlussrunde zeigte sich, dass ein breiter Konsens für einen „schlanken Regulierungsansatz“ (Fuchs) besteht. Bei allen noch offenen Detailfragen seien es vor allem kleinere Eingriffe, die bestehende „Unwuchten nivellieren“ (Winterberg) könnten und zu Vielfaltssicherung bei fairen und verlässlichen Rahmenbedingungen beitragen könnten.

Martin Dörmann zog als Moderator ein insgesamt positives Fazit der Debatte: Alle Beteiligten seien sich in dem Ziel einig, bei größtmöglichem Wettbewerb die Medienvielfalt zeitgemäß sichern zu wollen. Gleichzeitig spielten Planungssicherheit und Chancengleichheit für alle Akteure eine zentrale Rolle, so dass am Ende des Prozesses möglichst klare Regulierungsansätze stehen müssten.

Bis zur Konferenz der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten mit der Bundeskanzlerin am 16. Juni 2016 will die Bund-Länder-Kommission ihre Arbeit abschließen und konkrete Lösungsvorschläge zur Plattformregulierung und anderen Themenfeldern formulieren. Im Dezember hatten Bund und Länder bereits einen Zwischenbericht vorgelegt (*vgl. Berlin Depesche 93, Dezember 2015*). Die SPD-Bundestagsfraktion begleitet die Arbeit der Kommission mit einer Projektgruppe, die von Martin Dörmann und Lars Klingbeil geleitet wird. Nähere Infos hierzu unter:

→ **www.spdfraktion.de/themen/reform-der-medienordnung**

Der „Raumfahrt Concret“-Weltraumstammtisch 2016

Interview mit Martin Dörmann über Raumfahrtthemen

Als Bundestagsabgeordneter, in dessen Wahlkreis das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) liegt, hat Martin Dörmann im Interview mit der Zeitschrift „**Raumfahrt Concret**“ zu aktuellen Themen der Raumfahrt Stellung genommen. Die Zeitschrift ist eine deutschsprachige Publikation, die sich mit Inhalten der Raumfahrt und Weltraumforschung befasst und viermal im Jahr erscheint. Im Rahmen eines „Weltraumstammtisches“ antworten Bundestagsabgeordnete aus unterschiedlichen Parteien auf Fragen. Das Interview ist erschienen in der aktuellen Ausgabe „Raumfahrt Concret“ Heft 91.

RC: Sehen Sie in der Raumfahrt oder Weltraumforschung einen signifikanten Wirtschaftsfaktor für Europa resp. Deutschland?

Martin Dörmann: Raumfahrt spielt eine zunehmende Rolle in der modernen Gesellschaft und seiner wirtschaftlichen Entwicklung in Europa wie in Deutschland. Raumfahrt und Weltraumforschung bedeuten nicht nur wissenschaftliche, technologische, industrielle und sicherheitsbezogene Fähigkeiten und Leistungsvermögen, sie führen auch zu einem wirtschaftlichen Gewinn durch Steigerung von industriellen Aktivitäten oder Kosteneinsparung und Produktivitätsgewinnen in anderen Bereichen wie Wettervorhersage, Landwirtschaft oder Beobachtung von Klimaveränderungen.

Raumfahrt hat auch einen breiten gesellschaftlichen Wert. Ich bin immer sehr erfreut, wenn das DLR in meinem Wahlkreis Köln den „Tag der Raumfahrt“ feiert und welche große Resonanz dies bei den Bürgerinnen und Bürgern hat. Ich glaube, das liegt auch daran, dass viele Menschen erkennen, dass Raumfahrt etwas mit der Menschheit insgesamt zu tun hat, mit einem Gemeinschaftserlebnis, dass wir über die Nationalitäten hinaus haben.

Der Nutzen aus der Raumfahrt wird nach Ansicht einiger Kritiker überbewertet. Beispielsweise wird der Bedarf an Tele-Kommunikationsverbindungen heute überwiegend durch irdische Glasfaserverbindungen statt Satelliten abgedeckt. Fernerkundungsprodukte per Satellit lasen sich für Regionen mit hohem Wolkenanteil, also auch in Europa kaum noch vermarkten. Hier sind Drohen oder Flugzeuge eine Alternative. Wo wird für Sie der Sinn bzw. der Nutzen der Raumfahrt präsent?

Ich sehe durchaus den Nutzen der Satellitentechnologie u.a. in der Navigation, Kommunikation, Meteorologie und Erdbeobachtung. Für eine globale Kommunikation und Abdeckung benötigen Sie auch Satelliten. Denken Sie beispielsweise an die Planung von Google mit der ONEWeb Satellitenkonstellation die globale Internetabdeckung zu verbessern. Oder denken Sie an die Navigation in Fahrzeugen mit Satellitensignalen. Radarsatelliten durchdringen Wolkendecken und können bei jedem Wetter Beobachtungen durchführen. Hinzu kommt, dass Satellitentechnologie die Grundlage sind für eine Vielzahl von Anwendungen sind u.a. beim Verkehr, in der Landwirtschaft, in der Unterhaltung und so weiter. Diese wiederum erzeugen weitere Anwendungsbereiche und neue Märkte. Darüber hinaus brauchen wir Erkenntnisse aus Erdbeobachtung für die Politik, wie z.B. zur Überwachung der Klimaziele aus COP21. Über Satelliten können wir die Klimagase Kohlendioxyd und Methan messen.

Die Vergangenheit hat bewiesen, dass in Projekten wie die „ISS“ Menschen unabhängig ihrer politischen Ansichten und auch Konfessionen konstruktiv zusammenarbeiten können. Plädieren Sie darum dafür die „ISS“ weiter zu erhalten bzw. auszubauen? Oder wären Sie eher offen für eine neue Vision, beispielsweise einem Dorf auf dem Mond, wie es gegenwärtig vom ESA-Generaldirektor, Prof. Wörner, diskutiert wird?

Die Raumstation ist einzigartiges Beispiel friedlicher internationaler Kooperation. Die Crew der ISS erhielt 2014 des Preis des „Westfälischen Friedens“, der an Personen verliehen wird, die sich für die Überwindung von Grenzen und Feindschaften einsetzen. Die Altkanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl oder der frühere UN Generalsekretär Kofi Annan gehören zu den ehemaligen Preisträgern. Die Internationale Raumstation sollte aus meiner Sicht so lange wie möglich genutzt werden. Das hat aber technische Grenzen, sodass wir über mögliche Nachfolgekonzepte bereits nachdenken sollten. Die vom ESA-Generaldirektor vorgeschlagene Mondstation ist ein Beispiel. Wichtig ist, dass die Grundidee einer sichtbaren friedlichen internationalen Zusammenarbeit über alle Grenzen hinweg ein Kriterium bleibt. Und natürlich müssen Projekte immer auch wissenschaftlich sinnvoll und nutzbar sein.

Europas eigener Zugang zum Weltraum wird durch die Ariane gewährleistet. Allerdings wird das von

den Franzosen vorgeschlagene Konzept einer Ariane 6 von Deutschland kritisch gesehen. Benötigt Europa überhaupt diesen eigenen Zugang? Wenn ja, präferieren Sie die Ariane 6 oder gibt es Alternativen?

Auf der ESA Ministerkonferenz 2014 wurde ein Konzept der Ariane 6 beschlossen, das von Deutschland voll mitgetragen werden kann und das deutsche Kompetenzen und Kapazitäten berücksichtigt. Ariane 6 ist so ausgelegt, dass sie kostengünstigere Satellitenstarts ermöglicht und zu anderen Anbietern auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein wird. Der eigene europäische und somit gesicherte Zugang zum Weltraum ist gerade vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen wie zunehmend kommerziellen Dimension unerlässlich. Europa darf hier nicht von anderen abhängig sein.

Raumfahrt ist teuer. Würden Sie stärkere Kooperationen erstens mit den USA, zweitens mit Russland und drittens mit China befürworten?

Es ist wichtig, dass Deutschland und Europa in Raumfahrtinfrastrukturen investieren. Die pro Kopf Ausgabe bei den Europäischen Bürgern liegt in der Höhe eines Kinobesuchs. Raumfahrt ist naturgemäß eine globale Aufgabe und die Zusammenarbeit mit anderen großen Akteuren der Raumfahrt ein wichtiges Element, um Kompetenzen, Ressourcen und Interessen zu bündeln. Die Kooperation mit USA und Russland sind gut ausgebaut. Mit China arbeiten wir auf wissenschaftlicher Ebene mit guter Erfahrung zusammen.

Heutzutage stellt sich bei allen Hochtechnologien immer schnell die Frage nach der Ambivalenz. Wie ist Ihre Meinung zu den Problematiken der militärischen Nutzung des Weltraumes?

Zwischen der zivilen und militärischen Nutzung des Weltraums gibt es viele Synergien, sodass wir in der Lage sind öffentliche Mittel effektiver zur nutzen. Die militärische Raumfahrt ist ein essentieller Teil unserer Sicherheitspolitik und konzentriert sich im Wesentlichen auf Aufklärung und satellitengestützte Kommunikation. Keine moderne Armee geht heutzutage ohne satellitengestützte Fähigkeiten in den Einsatz. Ein Problem sehe ich, wenn Auseinandersetzungen in den Weltraum verlagert und verfeindete Nationen gegenseitig die Satelliten zerstören würden. Das würde zu einer Vervielfältigung des Weltraummülls führen und die friedliche Nutzung der Umlaufbahnen beschränken. Dieses Risiko besteht. Es wäre für alle Raumfahrtnationen, auch für die Nation, die den Satelliten zerstört hat, von Nachteil. Daher setzte ich hier auf die Vernunft. Und eben auch auf die internationale Kooperation bei Raumfahrtprojekten.

Sollten wir ein Raumfahrt-Projekt unabhängig vom Nutzen auflegen, das für alle Menschen ein Symbol der Einheit und des Friedens darstellt?

Man wird eine staatliche Investition immer auch für wissenschaftliche Fragestellungen oder technologische Entwicklungen nutzen müssen. Wenn sich das dann mit einem Symbol für Einheit und Frieden verbinden ließe – umso besser.

Die USA haben kürzlich ein Gesetz verabschiedet, dass sie den Anspruch auf alle Ressourcen im Weltraum erheben, gut oder schlecht?

Allgemein gültige Absprachen zur Nutzung des Weltraums treffen die Länder im Rahmen der UN im Konsens.

Außerirdische Intelligenzen – Sorge oder Freude?

Neugier! Mein persönlicher Ansatz ist, es ist immer gut, zu erforschen, was es da draußen gibt, weil wir nie ausschließen können, dass für zukünftige Generationen genau dort das Lebensumfeld sein wird. Wenn wir in weiten Horizonten denken, bin ich auch überzeugt davon, dass sich die Menschheit in einigen Tausend Jahren außerhalb unseres Sonnensystems ansiedeln wird oder muss. Beispielsweise besteht immer die Möglichkeit, auch wenn sie sehr gering ist, dass ein Asteroideneinschlag die Erde unbewohnbar macht. Übrigens, ich bin davon überzeigt, dass es hochentwickelte Intelligenzen im Universum gibt.

Science Fiktion – haben Sie SF in Ihrer Jugend gelesen? Ist dieses Genre gut für Zukunftsvisionen der Menschheit?

Zukunftsvisionen der Menschen orientieren sich wohl in erster Linie an den sich abzeichnenden Bedürfnissen. Und inzwischen gibt es eine solche Beschleunigung technischer Entwicklungen, dass morgen schon Wirklichkeit werden kann, was heute noch Utopie ist, und in Filmen abgebildet wird. Also ja: Science Fiktion-Literatur war in meiner Jugend tatsächlich einige Zeit eine echte Leidenschaft.

Ihre Meinung zu „Mars one" oder andere Projekte, wo in wenigen Jahren Reisen zum Mars oder Mond versprochen werden?

Wir werden sehen, ob sich die notwendigen Technologien so zeitnah entwickeln lassen.

Fühlen Sie sich als Bundestagsabgeordneter genügend über die Raumfahrt und Weltraumforschung informiert?

Ich glaube, ein Ausschuss nur für Raumfahrt wäre auch zu viel des Guten. Federführend ist hier der Ausschuss für Wirtschaft und Energie, dem ich lange Jahre angehört habe. Hier haben wir ein sehr positives Verhältnis über Fraktionsgrenzen hinweg zur Raumfahrt. Auch über die Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt, die zusammen mit dem Forum Luft- und Raumfahrt sehr vielfältige Veranstaltungen macht, sind wir gut informiert. Wie auch in anderen Bereichen hat jeder Abgeordnete einen bestimmten Fokus, auch inhaltlich, so dass sich jeder der will, mit entsprechenden Informationen versorgen kann. Ich habe das Privileg, dass ich in meinem Wahlkreis das DLR habe und habe somit die unmittelbaren Kontakte und manchmal einen gewissen Informationsvorsprung. Aber diese Informationen gebe ich gern an Kollegen weiter, die durchaus sehr interessiert sind.

Schutz und Handel von Kulturgut soll neu geregelt werden

Gesetzentwurf von Kulturstaatsministerin Monika Grütters

Der Deutsche Bundestag hat am 18. Februar in 1. Lesung mit den Beratungen des Gesetzentwurfs zur „Neuregelung des Kulturgutschutzrechts“ begonnen (**Drs. 18/7456**). Mit dem Entwurf verfolgt Kulturstaatsministerin **Monika Grütters** (CDU) zwei Ziele: Erstens soll verhindert werden, dass Kulturgut aus (antiken) Raubgrabungen nach Deutschland eingeführt und hier illegal gehandelt wird. Zweitens soll der Schutz vor „Abwanderung“ von national wertvollem Kulturgut effektiver gestaltet werden.

Dazu sollen unter anderem die bisher bestehenden Gesetze im Bereich des Kulturgutschutzes (Kulturgüterrückgabegesetz, Umsetzungsgesetz Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, Kulturgutschutzgesetz) in einem neuen, einheitlichen Gesetz zusammengeführt werden.

Die Vorlage ist im Bereich des Schutzes nationalwertvollen Kulturgutes umstritten und führte bereits im vergangenen Jahr zu teilweise heftigen öffentlichen Diskussionen. Denn im Kern wird das Eigentumsrecht aus Art. 14 Grundgesetz nun mit neu definierten Schranken versehen. So wurden Schrankenregelungen für national-wertvolles Kulturgut auch bereits in der Vergangenheit höchstrichterlich bestätigt.

Nunmehr gehe es darum, kritische Einwände an einzelnen Regelungen zu prüfen, sagte der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion **Siegmund Ehrmann**. In den parlamentarischen Beratungen werden die SPD-Kulturpolitikerinnen und -Kulturpolitiker daher u. a. der Frage nachgehen, ob die vorgesehenen Ausfuhrkontrollen dem Schutzbedürfnis des kulturellen Erbes gerecht werden. Im Sinne des legalen Kunsthandels sollen auch die Definition „national wertvollen Kulturguts“, die festgelegten Wert- und Altersgrenzen der jeweiligen Kulturgut-Kategorie sowie die Einführung eines Vorkaufsrechts des Staates in Anlehnung an das in Großbritannien geltende System im Kulturausschuss des Bundestages diskutiert werden.

Staat fördert Maßnahmen zum Einbruchschutz

Förderung in Höhe von 30 Millionen Euro zur Verfügung gestellt

Die Zahl der Einbrüche in Deutschland ist rapide gestiegen. Bundesweit liegt die Zahl pro Jahr bei 150.000. Für die SPD-Fraktion ist es deshalb sehr wichtig, dass alle Menschen sich und ihre Wohnungen oder Häuser schützen können, und zwar unabhängig, davon, ob sie wohlhabend sind oder nicht.

Daher hat vor einiger Zeit das SPD-geführte Bundesbauministerium unter **Barbara Hendricks** gemeinsam mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein Präventionsprogramm entwickelt, dessen Zweck es ist, finanzielle Unterstützung bei Maßnahmen für den Einbruchschutz zu gewähren. Das KfW-Programm läuft seit Ende November 2015 und heißt „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“. Schon jetzt haben mehr als 4000 Bürger einen Antrag gestellt, wie die KfW aktuell mitteilt.

Für die Förderung von Maßnahmen zum Einbruchschutz stehen bis 2017 insgesamt 30 Millionen Euro zur Verfügung. Gefördert werden natürliche Personen. Neben Mietern sind dies z.B.:

- Eigentümer von selbst genutzten oder vermieteten Ein- und Zweifamilienhäusern mit maximal zwei Wohneinheiten,

- Eigentümer von selbst genutzten oder vermieteten Eigentumswohnungen in Wohnungseigentümergemeinschaften bei Vorhaben am Sondereigentum Wohnungseigentümergemeinschaft bei gemeinschaftlichen Vorhaben.

Über das KfW-Darlehensprogramm werden zudem alle Träger von Investitionsmaßnahmen an selbst genutzten oder vermieteten Wohngebäuden sowie Eigentumswohnungen gefördert (z. B. auch Wohnungsunternehmen, Wohnungsgenossenschaften).

Das wird gefördert:

- Einbau und Nachrüstung einbruchhemmender Haus- und Wohnungseingangstüren,

- Einbau von Nachrüstsystemen für Fenster,

- Einbau einbruchhemmender Gitter und Rollläden,

- Einbau von Einbruchs- und Überfallmeldeanlagen,

- Baugebundene Assistenzsysteme (z. B. Bild-, Gegensprechanlagen), baugebundene Not- und Rufsysteme, Bewegungsmelder).

Die Arbeiten sind durch ein Fachunternehmen auszuführen. Gefördert werden das Material sowie der fachgerechte Einbau durch Fachunternehmen.

Finanzierung als Zuschuss:

- Zehn Prozent der Investitionssumme von maximal 15.000 Euro beim Einbruchschutz,
- 200 bis 1500 Euro Zuschuss pro Wohneinheit, d. h. Mindestinvestition von 2000 Euro,
- Der Antrag wird vor Beginn des Umbaus direkt bei der KfW gestellt.

Finanzierung als Kredit:

- maximaler Kreditbetrag 50.000 Euro pro Wohneinheit,
- Der Antrag wird vor Beginn des Umbaus bei einem frei zu wählenden Finanzierungs-partner gestellt.

Kommunalkonferenz der SPD-Fraktion zur Flüchtlingspolitik

Die Demokratie ist die Geschäftsgrundlage der Integration

250 Kommunalvertreterinnen und -vertreter aus ganz Deutschland sind Ende Februar ins Berliner Reichstagsgebäude gekommen – auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion. Anlass war die dritte kommunalpolitische Fachkonferenz der Fraktion. Im Zentrum der Diskussion stand diesmal die Flüchtlings- und Integrationspolitik.

Im Fraktionssaal begrüßte der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Bernhard Daldrup** SPD-Mitglieder aus den Kommunen, darunter etliche Landräte, Bürgermeister und Oberbürgermeister. „Die Kommunen wollen ja gestalten in der Flüchtlingspolitik, aber sie brauchen Unterstützung vom Bund“, sagte Daldrup zu Beginn. Völlig einig sei man sich, dass die SPD eine humane Flüchtlingspolitik, aber eben auch allen Ansprüchen gerecht werden wolle.

In seiner Key Note sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Oppermann**, es gebe im Grunde gleich zwei Krisen zu bewältigen: die Flüchtlingskrise an sich und die dringend notwendige vernünftige Integration derjenigen, die hier bleiben dürfen. Das Integrationskonzept der SPD trage deshalb die Überschriften „sozialen Zusammenhalt sichern“ und „fördern und fordern“. Oppermann: „Die Spielregeln der Demokratie sind die Geschäftsgrundlage der Integration“. Bei den Bemühungen um Integration müsse gelten „klotzen statt kleckern“. Denn: „Wir dürfen die Fehler der 50er-, 60er- und 70er-Jahre nicht wiederholen. Deshalb volle Konzentration auf Integration“, sagte Oppermann und ergänzte: „Was wir heute investieren, zahlt sich morgen aus. Und was wir heute versäumen lässt sich später nicht mehr nachholen“. Die Kommunen dürften mit den Kosten der Integration nicht alleine gelassen werden.

Oppermann skizzierte drei Lösungsansätze: die Fluchtursachen bekämpfen und in Fluchtprävention investieren. Die Europäischen Außengrenzen sichern. Keine Abschottung in Europa, sondern Flüchtlingskontingente. Alles andere, etwa die nationalen Grenzen zu schließen, werde nicht funktionieren, mahnte er.

SPD-Parteichef und Vizekanzler **Sigmar Gabriel** fragte in den Saal: „Was ist wichtiger – die schwarze Null von Herrn Schäuble oder das Investieren in Integration?“ Insofern sei es scheinheilig, was die CDU mache: nach strengen Integrationsregeln rufen, aber nicht sagen, wie die Integration bezahlt werden soll.

Gabriel erklärte, dass die Flüchtlingspolitik im Grunde „ein Katalysator für ein Rollback der letzten zehn Jahre in der Europäischen Union“ sei. Aus Sehnsucht nach Überschaubarkeit flüchteten sich die europäischen Mitgliedstaaten in Renationalisierung. Den Menschen sei „alles zu schnell, zu viel“, die Globalisierung und ihre Folgen etwa. Das Schlimmste, was nun passieren könne, sei eine Gesellschaft, die sich spalte – in die, die kommen, und die, die hier sind. Und dass sich ein Satz in die Mitte der Gesellschaft fresse: „Für die Flüchtlinge tut ihr alles, für uns nichts“. Abgewandelt lautet der Satz „Ihr rettet Banken und die Griechen und die Flüchtlinge, aber für die Rentner hier ist kein Geld da.“ Die Rechten träten nun als Spaltpilz auf und verstärkten dieses Empfinden. Diese Einschätzung teilten viele der anwesenden Kommunalpolitiker und -politikerinnen. Sie betonten, dass bei Integrationspaketen immer auch Unterstützung für die hier lebenden Menschen geleistet werden müsse.

Gabriel riet dazu, Dinge wie die von der SPD geplante Solidarrente, das Bundesteilhabegesetz (Inklusion von Behinderten) oder die Begrenzung von Leiharbeit dringend voranzutreiben. „Nur Worte werden die Skeptiker nicht überzeugen, wir müssen zeigen, dass sich Arbeit und Bildung lohnen“, sagte Gabriel.

Und natürlich müssten die Flüchtlingszahlen drastisch sinken. „Ich sage euch aber, das passiert nur, wenn in Syrien keine Bomben mehr fallen“, so Gabriel. Und mit Blick auf Europa stellte er klar, dass der Schengen-Vertrag die Sicherung von Außengrenzen sogar voraussetze. Darauf hatte auch Thomas Oppermann zuvor hingewiesen. Zudem: Von 28 Ländern in der EU nähmen 23 nicht einen Flüchtling auf, so Gabriel.

Die Kommunalvertreter schilderten aus ihrem Alltag, wo sie auf integrationspolitische Hürden stoßen, etwa bei der Anerkennung ausländischer Ausbildungen, der Einbindung von Flüchtlingen in die Herrichtung von Unterkünften oder bei der Verzahnung von Leistungen der Jugendhilfe, der Grundsicherung und der Sozialhilfe. Viele Teilnehmer forderten außerdem weitere finanzielle Unterstützung des Bundes, zum Beispiel für Investitionen, Kita- und Schulplätze, den öffentlichen Beschäftigungssektor und den Kosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Es kamen viele Hinweise und Anregungen, etwa Bürokratieregeln drei Jahre auszusetzen oder für alle organisatorischen Fragen eine Art Clearing-Stelle beim Bund einzurichten. Es wurde aber auch bemängelt, dass es zu wenige Fördermöglichkeiten für Ehrenamtliche gebe.

Gabriel bestätigte die Haltung der SPD-Bundestagsfraktion, dass der Bund ausreichend Mittel für Integration auf den Tisch legen müsse: „Die Kommunen organisieren die Integration, Berlin muss Hindernisse aus dem Weg räumen und Geld geben.“

Ein Lob sprach der Präsident des deutschen Städte- und Gemeindebunds, Roland Schäfer, aus: Seit der letzten Kommunalkonferenz habe sich sehr vieles getan, und die Koalition habe viele gute Maßnahmen auf den Weg gebracht. Das müsse auch anerkannt werden.

Fragen und Antworten zur Flüchtlingspolitik

Infos der SPD-Bundestagsfraktion zu Zahlen, Kontrolle und Verfahren

Flüchtlingszahlen

Wie viele Flüchtlinge kommen aktuell zu uns?

Auch in 2016 kommen wieder sehr viele Menschen auf der Suche nach Schutz und Lebensperspektiven nach Deutschland. Trotz schlechter Witterungsverhältnisse in den Wintermonaten waren es im Januar durchschnittlich mehr als 2.000 Flüchtlinge täglich. Rund 80.000 Flüchtlinge wurden für den Monat Januar registriert. Mehr als 30.000 von ihnen stammen aus Syrien, je 16.000 Iraker und Afghanen. Darunter sind im Gegensatz zum letzten Jahr immer mehr Frauen und Kinder: Sie machen etwa 60% derjenigen aus, die die Griechisch-Mazedonische Grenze überqueren.

Für jede genaue Prognose im laufenden Jahr ist es zu früh. Ginge die Zuwanderung nach Deutschland aber im selben Tempo wie im Januar weiter, würde nach einer Million Flüchtlingen im Jahr 2015 auch dieses Jahr wieder eine solche Zahl erreicht

Wie wollen wir die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, reduzieren?

Die Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge muss sich rasch verringern. Nur dann können wir eine menschenwürdige Versorgung sicherstellen, und nur dann schaffen wir ihre Integration. Die Verringerung bzw. Verlangsamung des Flüchtlingszuzugs ist für uns dabei nicht das Ende der Willkommenskultur, sondern Voraussetzung für ihren Erfolg.

Wir konzentrieren uns auf drei Maßnahmen:

- Bessere Lebensbedingungen für Flüchtlinge in den Nachbarregionen der Krisen- und Bürgerkriegsgebiete. Im Falle Syriens gilt das vor allem für Jordanien, den Libanon, den Irak und für die Türkei. Für die humanitäre Versorgung, z.B. mit Lebensmitteln stellt Deutschland im Jahr 2016 1,2 Mrd. Euro zur Verfügung. Außerdem stellen wir für die langfristige Entwicklungshilfe insgesamt 700 Mio. Euro weltweit zur Verfügung, um Fluchtursachen dauerhaft vorzubeugen.
- Die Sicherung der Außengrenzen der Europäischen Union: Derzeit sind die europäischen Grenzen praktisch offen für alle Flüchtlinge, die sich in die Hände von Schleppern begeben. Das müssen wir ändern, denn es ist vor allem für Familien ein lebensgefährlicher Weg. Wir unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission für eine bessere europäische Grenzsicherung und Küstenwache. Außerdem soll mit der Türkei ein Rücknahmeabkommen geschlossen werden, damit es sich für Flüchtlinge nicht mehr lohnt, sich in die Hände von Schleppern zu begeben.
- Stattdessen wollen wir mit Hilfe des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen Kontingente für Flüchtlinge vereinbaren, die aus der Türkei, dem Libanon, Jordanien und dem Irak zu uns nach Deutschland und nach Europa kommen können. Mit Kontingenten bekommen wir die Kontrolle über den Flüchtlingszuzug zurück – und die Menschen einen sicheren Weg nach Europa.

Warum wollen wir nicht die deutschen Grenzen schließen? Warum setzen wir weiter auf eine europäische Lösung?

Wir sind gegen die Schließung unserer nationalen Grenze, weil das in der Realität nicht dazu führen würde, dass weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Die Menschen würden sich trotzdem auf den Weg machen und einen Grenzübertritt über die grüne Grenze versuchen. Um das zu verhindern, müsste man die Grenzen sichern wie einst die DDR – mit Mauern, Stacheldraht und im Notfall mit Waffengewalt. Das lehnen wir entschieden ab.

Selbst wenn es uns gelänge, die Flüchtlinge von einem Grenzübertritt nach Deutschland abzuhalten, würde das einen Dominoeffekt in anderen EU-Staaten wie Griechenland oder Bulgarien und in den Westbalkanstaaten auslösen. Viele Flüchtlinge würden in diesen Ländern bleiben wollen, wenn sie nicht mehr nach Deutschland können. Viele der Länder aber wären damit überfordert, so viele Flücht-linge wie Deutschland aufzunehmen. Die Gefahr wäre groß, dass dadurch ein Kollaps der EU-Krisen-staaten eintritt oder gar die jungen Demokratien in dieser Region destabilisiert werden.

Aber auch für die Europäische Union wäre eine Schließung der Grenze eine Katastrophe: Es wäre das Ende des Schengen-Raums und damit der europäischen Freizügigkeit. Die ist nicht nur ein persönlicher Gewinn an Reise- und Niederlassungsfreiheit, sondern ein zentrales Identifikationsmerkmal mit der EU. Und sie ist ein enorm wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Führende Wirtschaftsvertreter warnen daher vor einer Gefährdung des freien EU-Grenzverkehrs. „Durch Staus und Wartezeiten und zusätzliche Bürokratie … können sich die Kosten für die deutsche Wirtschaft schnell auf zehn Milliarden Euro pro Jahr summieren“, sagte zum Beispiel die DIHK.

Deshalb sind wir überzeugt: Wir müssen die Flüchtlingsfrage europäisch lösen und nicht im nationalen Alleingang. Obergrenzen und Grenzzäune helfen nicht, sondern sie gefährden die EU, sie beschädigen unsere Wirtschaft und sie bedrohen die Balkanstaaten.

Warum wollen wir Kontingente für Flüchtlinge?

Kontingente für Flüchtlinge sind unsere Alternative zur bisherigen unkontrollierten und lebensgefährlichen Fluchtroute über das Mittelmeer, Griechenland und den Balkan. Voraussetzung für solche Kontingente ist, dass wir gleichzeitig die Zahl der Flüchtlinge deutlich verringern, die auf eigene Faust über den

Wasser-/Landweg nach Europa kommen. Das ist nur über eine Sicherung der europäischen Außengrenzen und mit einer intensiveren Zusammenarbeit mit der Türkei möglich. Die Türkei muss ihre Grenzen sichern, Schleusern das Handwerk legen und bei Bedarf Flüchtlinge, die außerhalb der Kontingente kommen, wieder zurücknehmen.
Mit Kontingenten für Bürgerkriegsflüchtlinge ermöglichen wir es auch Frauen und Kindern, sicher zu uns zu kommen. Von allen Flüchtlingen, die im letzten Jahr zu uns kamen, waren nur 30% Frauen. Und die Frauen und Kinder, die doch die Flucht wagen, haben eine lebensgefährliche Odyssee hinter sich. Allein seit Januar 2016 sind über 350 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Der Weg nach Europa wurde für sie zur tödlichen Falle. Kontingente ersetzen diesen gefährlichen Weg.

Zugleich behalten wir mit Kontingenten die Kontrolle, wer nach Deutschland einreist: In ein Kontingent für syrische Flüchtlinge kommen beispielsweise nur diejenigen, die sich auch als Syrer ausweisen können. So sind die Flüchtlinge schon vor ihrer Ankunft in Deutschland registriert. Und wir können die Flüchtlingsankunft so steuern, dass unsere Kommunen ihn auch verkraften können.

Was wird gegen die Fluchtursachen in den Herkunftsländern getan?

Das humanitäre Engagement Deutschlands ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Insgesamt 1,2 Mrd. Euro stellen wir 2016 zur Verfügung, um die Flüchtlinge in Syrien und den Nachbarländern besser vor Ort zu versorgen. Außerdem investieren wir in diesem Jahr über das Entwicklungshilfeministerium in den Bereichen „Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur“ sowie „Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren“ insgesamt 700 Mio. Euro weltweit. Gemeinsam mit den USA, der EU und Großbritannien zählt Deutschland zu den wichtigsten Gebern für Hilfen in dieser Region.

Laut Vereinte Nationen beläuft sich der humanitäre und entwicklungsorientierte Bedarf in und um Syrien für das Jahr 2016 auf insgesamt 7,7 Mrd. US-Dollar. Ende 2015 waren trotz des erheblichen Engagements der EU und Deutschlands aber nur 53 % des Bedarfs für 2016 gedeckt. Deshalb hat sich die Bundesregierung auf einer Geberkonferenzen in London erfolgreich dafür stark gemacht, dass die internationale Gemeinschaft mehr Geld für die humanitäre Hilfe bereitstellt und durch mehrjährige Hilfszusagen die Planbarkeit verbessert. Konkret wurde in London vereinbart, dass die internationale Gemeinschaft ihre Hilfsgelder um insgesamt 9 Mrd. Euro bis 2020 erhöht. Deutschland wird sich daran mit insgesamt 2,3 Mrd. Euro beteiligen.

Wir fordern darüber hinaus die Mitgliedstaaten der EU auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass bei der Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens des EU-Haushalts einen zweistelligen Milliardenbetrag für die Bekämpfung der Fluchtursachen zur Verfügung gestellt wird.

Wie stehen wir zum Familiennachzug für Flüchtlinge?

Integration gelingt besser, wenn ganze Flüchtlingsfamilien nach Deutschland kommen. Dabei geht es nicht darum, ganze „Großfamilien“ nach Deutschland zu holen. Vielmehr ist der Familiennachzug auf die Ehegatten und die Kinder beschränkt. Großeltern, Onkel oder Tanten dürfen nach geltendem Recht nicht nachziehen. Kinder aber sind der beste Integrationshelfer, da sie über Kita und Schule viel leichter Kontakte knüpfen und Menschen zusammenbringen. Für sie spielen kulturelle Unterschiede eine viel geringere Rolle. Menschen integrieren sich schneller, wenn sie mit ihrer Familie hier leben.

Grundsätzlich erhalten nur diejenigen das Recht auf Familiennachzug, die auch in Deutschland bleiben dürfen. Wer abgelehnt wird oder sich noch im Verfahren befindet, darf seine Familie nicht nachholen. Der Familiennachzug hält sich auch zahlenmäßig im Rahmen: So holten beispielsweise 2014 15.700 Ausländer ihre Ehefrauen nach, 3.200 ihre Ehemänner und 16.000 Kinder – und das bei über 200.000 Asylanträgen in diesem Jahr!

In einem Kompromiss mit der Union haben wir nun zugestimmt, dass der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre ausgesetzt wird. Dies betrifft nur die Personen, die sich nicht auf das Grundrecht auf Asyl berufen können und auch keinen Schutzstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention genießen, aber dennoch nicht heimgeschickt werden, weil ihnen dort zum Beispiel Folter, Tod oder schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Dies dürfte etwa rund 18% der Syrer betreffen.

Nach den zwei Jahren dürfen sie ihre Familien nachholen. Zugleich haben wir aber durchgesetzt, dass innerhalb künftiger Kontingente für Flüchtlinge aus der Türkei, dem Libanon oder Jordanien vorrangig Ehefrauen (bzw. Ehemänner) und Kinder von hier bereits lebenden Flüchtlingen berücksichtigt werden.

Kontrolle und Verfahren

Was tun wir, um besser zu kontrollieren, wer nach Deutschland einreist?

Die Große Koalition hat im Herbst 2015 eine ganze Reihe von Maßnahmen beschlossen, damit die Einreise der Flüchtlinge geordneter stattfindet und kein Asylbewerber unkontrolliert nach Deutschland einreist. Dazu gehört ein einheitlicher Ausweis, den alle Asylsuchenden künftig bei der Registrierung erhalten. Ohne diesen Ausweis kann ein Flüchtling keinen Asylantrag stellen und bekommt abgesenkte Leistungen. Außerdem macht Deutschland seit September 2015 von der Möglichkeit des SchengenVertrags gebrauch, die deutsch-österreichischen Grenze verstärkt zu kontrollieren. Die Bundespolizei bekommt in den kommenden drei Jahren zusätzlich 3.000 Stellen. Damit die Flüchtlinge nach ihrer Ankunft kontrolliert weiterreisen, übernimmt der Bund die Verteilung der Asylbewerber in die Bundesländer. In Bayern wurden dafür Wartezentren eingerichtet, von wo aus die Asylbewerber innerhalb von 48 Stunden auf

die Länder verteilt werden.

Was tun wir, um Asylverfahren zu beschleunigen?

Die Asylverfahren sind das Nadelöhr der Flüchtlingsankunft: Erst wenn sie entschieden sind, kann ein Flüchtling wirklich integriert werden – oder bei einer Ablehnung ausreisen oder abgeschoben werden. Leider müssen immer noch hunderttausende Asylbewerber Monate warten, bis sie den Antrag überhaupt stellen können. Schon mit den Haushalten 2013 bis 2015 hatten wir das Personal des BAMF mit zusätzlichen 1650 Mitarbeitern um mehr als 50 % erhöht. Für 2016 stellt das BAMF nochmal weitere 4000 Personen ein, insgesamt 7000 Stellen sind dann auch angemessen. Deshalb erwarten wir, dass sich die Bearbeitungszeit der Asylanträge in 2016 substantiell verringert.

Neben denjenigen, die zu Recht in Deutschland Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, gibt es aber viele Asylbewerber, deren Antrag mit großer Wahrscheinlichkeit abgelehnt wird. Um deren Asylanträge schneller zu bearbeiten, haben wir nach Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien jetzt auch Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Gleiches wollen wir für Tunesien, Marokko und Algerien auf den Weg bringen. Außerdem werden Asylsuchende mit geringen Chancen auf Anerkennung in besonderen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht, in denen die Asylverfahren in rund drei Wochen abgeschlossen sein sollen. Das bedeutet: Menschen mit geringer Aussicht auf Anerkennung ihres Asylantrags werden nicht mehr in die Städte und Kommunen verteilt und bei Ablehnung direkt aus den zentralen Aufnahmeeinrichtungen zurückgeführt.

Haben Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten noch eine Chance auf Asyl?

Ja, jeder Mensch, der in Deutschland um Asyl sucht, hat auch künftig ein Recht auf Prüfung seines Asylgesuchs und bekommt Asyl, wenn sein Gesuch begründet ist. So steht es im Europarecht und in unserer Verfassung, und daran ändert sich auch nichts durch die Einstufung eines Staates als sicherer Herkunftsstaat. Was für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten (u.a. Westbalkanstaaten) anders ist, ist die Behandlung im Verfahren: Es gibt eine Beweislastumkehr und eine verkürzte Ausreisefrist. Auch sind die Fristen für einstweiligen Rechtsschutz sowie Klage verkürzt und eine Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts nicht möglich. Gleichwohl: Es erfolgt auch hier eine individuelle Prüfung. Wer als Betroffener tatsächlich drohende Menschenrechtsverletzungen vorbringen kann, wird als schutzberechtigt anerkannt. Ganz konkret bedeutet dies, dass sich an der Zahl der positiv beschiedenen Anträge auch nach der Einstufung als sichere Herkunftsstaaten nicht wirklich etwas ändern wird. Stattdessen gehen die Verfahren schneller und abgelehnte Asylbewerber können früher abgeschoben werden.

Abschiebungen

Was tun wir, damit abgelehnte Asylbewerber schnell in ihre Heimat zurückkehren?

Wird jemandes Asylgesuch abgelehnt, erwarten wir, dass er oder sie Deutschland auch schnell wieder verlässt. Denn ohne eine freiwillige Rückkehr oder eine schnelle Abschiebungen derer, die nicht bleiben dürfen, können wir die Integration derjenigen, die zu Recht in Deutschland Asyl bekommen, nicht schaffen. Ein großer Teil der Asylbewerberinnen und -bewerber, deren Anträge abgelehnt worden ist, geht freiwillig wieder in ihre Heimatländer zurück.

Abgelehnte Asylbewerber, die nicht freiwillig gehen, sollen sich künftig nicht mehr der Abschiebung entziehen können. Dazu haben wir eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet:

- Der Bund hat eine Clearingstelle eingerichtet, die bei der Passersatzbeschaffung hilft. Damit stellen wir sicher, dass auch diejenigen, die nicht mehr die Ausweispapiere ihres Heimatlandes haben, zurückkehren können. Zugleich verhandelt die Bundesregierung Rücknahmeabkommen mit vielen Herkunftsländern über die Rücknahme mit den von Deutschland ausgestellten Laissez-Passer-Dokumenten.
- Die Länder versetzen die Gerichte personell in die Lage, die Durchschnittsdauer der Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes auf zwei Wochen zu verkürzen. Denn vor jeder Abschiebung müssen diese Verfahren abgeschlossen sein.
- Nach Ablauf der Frist zur freiwilligen Ausreise wird der Termin der Abschiebung in der Regel nicht mehr angekündigt.
- Um Verzögerungen von Rückführungen und Missbrauch entgegen zu wirken, werden die Rahmenbedingungen für die Erstellung ärztlicher Atteste im Zusammenhang mit Abschiebungen präzisiert und klargestellt.

Was tun wir, damit straffällige Ausländer Deutschland schnell verlassen müssen?

Flüchtlinge sind weder krimineller noch weniger kriminell als vergleichbare einheimische Bevölkerungsgruppen. Das sagen auch alle Statistiken. Dennoch gibt es einen Unterschied: Wer als Ausländer in Deutschland Straftaten begeht, hat sein Recht, sich in Deutschland aufzuhalten, unter Umständen verwirkt. Er wird ausgewiesen und muss danach mit einer Abschiebung in sein Herkunftsland rechnen, wenn die dortigen Bedingungen es zulassen. Bevor es aber dazu kommt, müssen die Taten, in denen Ausländer im Verdacht stehen, zunächst aufgeklärt werden. Vorverurteilungen darf es nicht geben.

Wenn ausländische Täter wegen einer schweren Straftat verurteilt werden, können sie ausgewiesen werden. Die gesetzliche Schwelle dafür wurde bereits zum 1. Januar 2016 so abgesenkt, dass ausländische Straftäter schon ab einer Freiheitsstrafe von einem Jahr ausgewiesen werden können. Jetzt beraten wir ein Gesetz, mit dem auch bei einer kürzeren Freiheitsstrafe eine Ausweisung prinzipiell möglich sein soll – egal ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist

und wie lange sie ist. Allerdings erfolgt stets eine Einzelfallabwägung aller Interessen. Asylbewerbern, die Straftaten begehen, soll in Zukunft leichter als bislang die rechtliche Anerkennung als Flüchtling versagt werden können.

Unser Hauptproblem in Deutschland sind aber nicht unzureichende Gesetze. Was wir jetzt in erster Linie brauchen, ist das Durchgreifen der zuständigen Behörden und die Anwendung der bestehenden Gesetze – zum Schutz der Opfer, aber auch zum Schutz der großen Mehrheit der Flüchtlinge und Asylsuchenden, die friedlich in unserem Land leben! Wir haben dazu der Bundespolizei im letzten Jahr schon 3.000 Stellen bewilligt – und fordern insgesamt 12.000 neue Stellen bei der Polizei von Bund und Ländern.

Integration

Welchen Plan haben wir, um die Flüchtlinge zu integrieren?

Die SPD ist die Partei, die in Deutschland am meisten für Integration tut. Während die Union sich über Obergrenzen zerstreitet, haben wir ein Konzept für einen Neustart in der Integrationspolitik vorgelegt.

Einiges davon konnten wir in 2015 schon umsetzen:

- Aufstockung der Sprachförderung in Integrationskurse, Kitas, Schulen und Hochschulen
- Schnellerer Arbeitsmarktzugang schon während des Asylverfahrens
- Rechtssicherheit für Betriebe, die Flüchtlinge ausbilden
- Schnellere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
- Erfassung der Beruflichen Erfahrungen von Asylsuchenden schon in Erstaufnahmeeinrichtungen durch das Programm „Early Intervention“
- Finanzielle Aufstockung der Jobcenter zur Arbeitsmarktintegration
- Finanzielle Aufstockung bestehender erfolgreicher Bildungsangebote
- Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau

Das alles können aber nur erste Maßnahmen sein. Denn um die Fehler der Vergangenheit bei der Integration nicht zu wiederholen, brauchen wir einen Integrationsplan für Deutschland, in dem alles zusammenpasst: Sprachkurse, berufliche Bildung, Arbeitsmarktzugang, Wohnen, Wertevermittlung, Demokratievermittlung. Diesen Plan hat **Malu Dreyer** für die SPD jetzt vorgelegt. Mit diesem Plan zeigen wir, dass wir aus der Vergangenheit gelernt haben: Was wir jetzt investieren, zahlt sich später mit hoher Rendite doppelt aus, aber was wir jetzt versäumen, lässt sich nicht mehr aufholen. Jetzt erwarten wir von der Union, dass sie mit uns diesen Plan in Deutschland auch umsetzt.

Denn nichts wäre schlimmer, als die 1,1 Mio. Asylbewerber in Deutschland in Asylbewerberheimen und Turnhallen einfach rumsitzen zu lassen. Diese Integrationsleistung müssen wir vollbringen. Dann haben wir auch die große Chance, dass unser Land von der Zuwanderung profitiert. Andernfalls steigt die Gefahr einer sozialen Spaltung, und Flüchtlinge würden in die Illegalität und Kriminalität getrieben.

Das Angebot an die Flüchtlinge, ein gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft zu werden, beinhaltet aber auch Pflichten. Es gibt bereits die Verpflichtung, an einem Integrationskurs und damit Sprachunterricht teilzunehmen, wenn man nicht ausreichend Deutsch spricht. Zugleich sehen wir aber auch die Verpflichtung, gemeinsame Werte auf Grundlage unseres Grundgesetzes anzuerkennen: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung sind unverrückbares Fundament für ein friedliches Zusammenleben, sie gelten uneingeschränkt für alle in unserem Land.

Unser Leitbild für die Einwanderungsgesellschaft ergibt sich aus dem Grundgesetz: Wer zu unserer Gesellschaft gehören möchte, der hat Andersgläubige zu respektieren, die Rechte von Frauen, Kindern und sexuellen Minderheiten zu achten und Gewalt als Mittel der Konfliktlösung abzulehnen. Diese Regeln gelten für alle Menschen in diesem Land gleichermaßen. Für Einwandererinnen und Einwanderer ebenso wie für Alteingesessene. Jeder Verstoß gegen diese Regeln muss mit der nötigen Härte des Gesetzes geahndet werden.

Warum ist plötzlich Geld für Asylbewerber und Flüchtlinge da, wo es doch immer hieß, der Staat müsse sparen?

Die Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen kostet Geld. Aber wir sind der Meinung, dass es besser ist, dieses Geld jetzt für eine gute Integration der Flüchtlinge in die Hand zu nehmen, als an falscher Stelle zu sparen und Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Besser ist, jetzt in Schulen, Kitas, Sprachkurse oder Berufsausbildung zu investieren, als nichts zu machen und zu riskieren, dass sich Parallelgesellschaften bilden. Und wenn wir es jetzt richtig angehen, dann können die Flüchtlinge mit ihren Steuern und Beiträgen zur Rentenkasse später diese Kosten nicht nur zurückzahlen, sondern auch unsere Sozialsysteme stützen.

Deutschland geht es derzeit wirtschaftlich sehr gut und wir sind in der Lage, die damit verbundenen finanziellen Lasten zu stemmen: Im Jahr 2015 wies der Bundeshaushalt aufgrund der stabilen Konjunktur und hoher Beschäftigung ein Plus von 12,1 Mrd. Euro auf. Das bedeutet, dass der Bund keine neuen Schulden aufnehmen muss. Er konnte sogar Rücklagen bilden.

Als Partei der sozialen Gerechtigkeit achten wir bei den jetzt anstehenden Investitionen immer darauf, dass nicht nur die Flüchtlinge, sondern alle in Deutschland profitieren – zum Beispiel im sozialen Wohnungsbau. Und wir haben dafür gesorgt, dass die Kommunen nicht auf den Kosten sitzen bleiben: Der Bund zahlt den Ländern dafür eine monatliche Pauschale von 670 Euro pro Asylbewerber für die Dauer des Asylverfahrens.

Uns ist dieser Zusammenhalt in der Gesellschaft ein Herzensanliegen: Es nützt niemanden, wenn wir uns

in der jetzigen Situation spalten lassen. Deshalb bitten wir Sie: Gehen Sie denjenigen, die einen Keil zwischen treiben wollen, nicht auf den Leim. Keine Frage: Die Integration der Flüchtlinge wird nicht billig. Aber es ist die bessere Wahl, hierfür jetzt Geld auszugeben, als wenn wir nichts tun.

Weshalb sprechen wir uns gegen Mindestlohn-Ausnahmen für Flüchtlinge aus?

Eine Spaltung der Gesellschaft in „teure“ einheimische Arbeitnehmer und „billige“ Arbeitskraft durch Flüchtlinge darf es nicht geben. Wer das vorschlägt, drängt Flüchtlinge unfreiwillig in die Rolle von Lohndrückern. Wenn Menschen, die schon länger in Deutschland leben und arbeiten, nun die Konkurrenz von Flüchtlingen fürchten müssen, wird es brandgefährlich für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Anstatt einer Integration durch Arbeit würden die Flüchtlinge vor allem Misstrauen und Ablehnung durch die alteingesessenen Arbeitnehmer erfahren.

Warum fordern wir trotz der vielen Flüchtlinge ein Einwanderungsgesetz?

Es stimmt: Unser Land nimmt in diesen Monaten viele Menschen auf, die in ihren Heimatländern von Krieg, Gewalt und Verfolgung bedroht sind. Das ist eine große Leistung und angesichts der vielen Kriege auch richtig.

Grundsätzlich sind wir davon überzeugt, dass uns Einwanderung gut tut. Sie kann die Lücke bei unseren Fachkräften füllen, sie kann unser Land kulturell bereichern und sie kann die Stabilität unserer Renten und Sozialsysteme sichern, wenn die Zahl der älteren Menschen in Deutschland zunimmt. Damit das gelingt, arbeiten wir jeden Tag an der Integration der Flüchtlinge.

Wir wollen aber nicht, dass Deutschland in der Welt alleine mit der Botschaft wahrgenommen wird: Wenn ich von Verfolgung und Krieg bedroht bin, dann kann ich nach Deutschland gehen.

Sondern wir wollen auch, dass Deutschland ein Land ist, in das man einwandern kann, wenn man sich anstrengt und etwas leistet.

Deshalb fordern wir weiterhin ein Einwanderungsgesetz: Damit von Deutschland auch die Botschaft ausgeht: Wer Talent hat, wer unser Land mit seinen Fähigkeiten bereichern will, wer aus seinem Leben etwas machen will, der hat eine Chance, nach Deutschland einzuwandern.

Zwar haben wir schon viele Gesetze, die genau das erreichen sollen. Sie werden aber – gerade in der heutigen Zeit – nicht wahrgenommen und nicht richtig verstanden. Deshalb erscheint es manchen auch leichter, über das Asylsystem nach Deutschland zu kommen, statt über Leistung und Anstrengung.

Kurz: Mit dem Einwanderungsgesetz ergänzen wir die humanitäre Seite unserer Zuwanderung um eine Seite, die die Einwanderung steuert, nach unseren Bedürfnissen lenkt und dieses Signal auch in die Welt sendet.

Wir sind davon überzeugt, dass sich beides nicht widerspricht, sondern sich ergänzt. Deshalb fordern wir weiter ein Einwanderungsgesetz.

Kölner Besuchergruppe in Berlin

Auf Einladung von Martin Dörmann war Ende Februar wieder eine Besuchergruppe aus dem Wahlkreis zu Gast in Berlin. Bei der vom Bundespresseamt organisierten Fahrt gewann die Gruppe Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt, besuchte beispielsweise den Reichstag, historische Gedenkstätten und politische Informationsveranstaltungen. Mit dabei waren eine Delegation der Porzer Handwerksmeister sowie Mitglieder der „Grengeler Draumdänzer“. Beim traditionellen Abgeordnetengespräch wurde Martin Dörmann verletzungsbedingt von seinem Kölner Fraktionskollegen Rolf Mützenich vertreten – und so standen Fragen der deutschen Außenpolitik im Mittelpunkt der spannenden Diskussion.

Das Berliner Team mit einigen neuen MitarbeiterInnen

Das Foto zeigt **Martin Dörmann** mit seinem Mitarbeiterteam, bei dem es Anfang des Jahres zum Teil Veränderungen gab (v.l.): **Stephanie Weyand** (neu, zuständig für Medien), **Bedriye Umucu** und **Christian Freiesleben** (neu, koordinierender Referent) sind FraktionsmitarbeiterInnen für die von Martin Dörmann als Sprecher geleitete Arbeitsgruppe Kultur und Medien. Zum Jahresende gewechselt hatten Thomas Friebel (jetzt Auswärtiges Amt) und Janine Sturm (Büro Eva Högl). **Stefan Stader** (Büroleiter), **Manuela Seifert** (neue studentische Hilfskraft) und **Dr. Matthias Dahlke** (Wissenschaftlicher Mitarbeiter) arbeiten alle im MdB-Büro.

"Fraktion vor Ort" in Arnsberg

Eine spannende Breitband-Diskussion erlebte **Martin Dörmann** als Referent bei seinem Fraktionskollegen **Dirk Wiese**. Die SPD hat dafür gesorgt, dass für Förderprogramme über 2,7 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, um schnelles Internet flächendeckend umzusetzen.

Berlin Depesche abonnieren

Die Berlin Depesche erscheint etwa sieben im Jahr. Sie wird per **eMail** versendet und auf der **Homepage www.martin-doermann.de** eingestellt.

Wer in den **eMail-Verteiler** aufgenommen werden möchte, schickt einfach eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Druckexemplare sind in den drei Bürgerbüros von Martin Dörmann vorrätig. Die Adressen sind auf der letzten Seite aufgeführt.

Weitere Infos bei facebook: www.facebook.com/martin.doermann

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MDB

Aufgabenschwerpunkte

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I
- Arbeitsschwerpunkte: Kultur, Medien, digitale Infrastruktur

Funktionen und Mitgliedschaften im Bundestag (18. WP)

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle
- Mitglied im Vorstand der SPD-Medienkommission

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:
Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam
Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke
Manuela Seifert

Öffnungszeiten
Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann
Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten
Mo. bis Do.: 9 bis 17 Uhr
Fr.: 9 bis 13 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter
Frank Heinz

Öffnungszeiten
Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiter
Benedikt Dettling

Öffnungszeiten
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 14 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2016

Sitzungswochen sind die 2., 4., 7., 8., 11., 15., 17., 19., 22., 23., 25., 27., 36., 38., 39., 42., 45., 47., 48., und 50. KW. Übersichten für 2016 sind abrufbar unter: www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich), Dr. Matthias Dahlke, Nadesha Klugiewicz, Stefan Stader

BILDNACHWEIS

Eigelstein Torburg e.V.: S. 9 o.l.;
Eva Högel: S. 10 m.;
Regina Börschel: S. 10 u.r.;
Kirsten Lühmann: S. 14 u.r.;
Flickr/ABUS Security Tech Germany: S. 15 o.l.;
Flickr/Sven Geadtke: S. 15 m.r.;
RC/Ute Habricht: S. 18;
BPA/Atelier Schneider: S. 26;
DBT/von Saldern: S. 27 o.;
Sonstige: Büro M. Dörmann

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint siebenmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:
martin.doermann@bundestag.de
(SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

FACEBOOK

www.facebook.com/martin.doermann

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de